



10. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit

Gremium: Ausschuss für Ordnung und Sicherheit

Sitzungstermin: Dienstag, 25.05.2021, 18:00 Uhr

Ort, Raum: Raum 0.090, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Link zur Videositzung: <https://rathaus-potsdam.webex.com/rathaus-potsdam/j.php?MTID=mc4371c5deab9e04ac15a55c432be0767>

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.03.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

- 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 3.1 Müllgebühren in Potsdam senken
20/SVV/1355 Fraktionen DIE LINKE
- *Wiedervorlage* -
 - 3.2 Schneeräumung auf Fahrradwegen
21/SVV/0207 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.3 Verhandlungsauftrag zur Einführung einer Gelbe Tonne PLUS
21/SVV/0495 Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

- 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 5 **Sonstiges**



Niederschrift

9. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit

Sitzungstermin:	Dienstag, 16.03.2021
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:45 Uhr
Ort, Raum:	Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Friese	AfD	Sitzungsleitung
--------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Herr Tiemo Reimann	SPD	
Herr Leon Troche	SPD	
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	bis 19:30 Uhr
Herr Lars Eichert	CDU	
Herr Christian Raschke	DIE aNDERE	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen	
--------------------	-----------------------	--

sachkundige Einwohner

Herr Tamás Blénessy	DIE aNDERE	
Herr Karsten Dornhöfer	SPD	
Herr Lars Gindele	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Helmut Lange	Freie Demokraten	ab 18:55 Uhr

Beigeordnete

Frau Brigitte Meier	Geschäftsbereich 3	
---------------------	--------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Mechthild Rüniger	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
----------------------------	-----------------------	--------------

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	bis 18:55 Uhr
----------------------	---------------	---------------

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Geist	CDU	entschuldigt
Herr Tino Henning	DIE LINKE	nicht entschuldigt
Herr Peter Roggenbuck	Bürgerbündnis	entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Herr Peter Borhardt	Seniorenbeirat	nicht entschuldigt
Herr Tobias Straub	Beirat für Menschen mit Behinderungen	nicht entschuldigt

Gäste:

Frau Karin Grochowski	Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit
Frau Birgit Wiedemann	Fachbereich Ordnung und Sicherheit
Herr Torsten Wustrack	Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
Herr Ralf Krawinkel	Fachbereich Feuerwehr
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.11.2020 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Müllgebühren in Potsdam senken
Vorlage: 20/SVV/1355
Fraktionen DIE LINKE
 - 3.2 Unterbindung des Durchgangsverkehrs (Schleichwege) für LKW über 3,5 t
durch das 'Alte Rad' in Eiche
Vorlage: 20/SVV/1500
Ortsbeirat Eiche

- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 20/SVV/1393
Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
 - 4.2 Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 20/SVV/1394
Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
 - 4.3 Prüfauftrag Gelbe Tonne PLUS (Wertstofftonne)
Vorlage: 21/SVV/0075
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit
 - 4.4 Einsatzstatistik Feuerwehr 2020

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Daniel Friese.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.11.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Friese stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Friese stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 24.11.2020 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird mit 7 Zustimmungen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich **bestätigt**.

Anschließend bittet Herr Friese um Abstimmung über die Tagesordnung. Er schlägt vor, die Mitteilungsvorlagen zu den Tagesordnungspunkten 4.1 und 4.2 lediglich zur Kenntnis nehmen.

Des Weiteren gibt es die Bitte von Herrn Dörschel, um eine Information zum Wertstoffhof im Potsdamer Norden. Dies würde er im TOP „Sonstiges“ aufnehmen.

Die Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Müllgebühren in Potsdam senken

Vorlage: 20/SVV/1355

Fraktionen DIE LINKE

Frau Grochowski (Fachbereich Ordnung und Sicherheit) erklärt, dass die Höhe der Abfallgebühren insbesondere vom angebotenen Umfang/Service der Abfallentsorgung und den damit in Zusammenhang stehenden Kosten der drittbeauftragten Unternehmen verbunden sind. Daher ist die Einführung eines neuen Abfallgebührenmodells nicht zwingend mit einer Gebührenreduzierung verbunden. Ein Gebührensystemwechsel kann insofern auch nur eine Umverteilung der angefallenen Kosten innerhalb der einzelnen Gebührenpflichtigen bewirken.

Eine Ausweitung des bestehenden Serviceangebotes (z.B. Zusätzlicher Wertstoffhof, Erweiterung von Öffnungszeiten, Wertstofftonne, Bioabfallvergärung) sind i.d.R. mit steigenden Kosten der Drittbeauftragten und somit in Folge auch einer Erhöhung der Abfallgebühren verbunden.

In Potsdam ist bereits ein umfangreiches Getrenntsammlungssystem, insbesondere bei der haushaltnahen Erfassung von Abfällen etabliert. So konnte durch Einführung der Biotonne im Jahr 2016 der Restabfall von ursprünglich ca. 40.000 Jahrestonnen auf derzeit ca. 34.000 Jahrestonnen reduziert werden. Im Ergebnis der Restmüllanalyse aus dem Jahr 2018/2019 wird von dem Gutachter mittelfristig ein weiteres abschöpfbares Potential im Restabfall i.H. von ca. 4.600 t Wertstoffen beziffert, dies jedoch unter der Voraussetzung, dass die Potsdamer Bevölkerung dazu motiviert werden kann, die bereits vorhandenen Getrenntsammlungssysteme intensiv zu nutzen.

Zu der Prüfung des bestehenden Gebührenmodells und der Darstellung möglicher alternativer Gebührenmodelle sowie Prüfung auf die Umsetzbarkeit in Potsdam sollte aus Sicht der Verwaltung auf einen externen Gutachter zurückgegriffen werden, der die aufgeworfenen Fragestellungen der Politik berücksichtigt. Hierbei sollten ebenso die Erkenntnisse der Verwaltung aus dem bestehenden Modell einfließen.

Eine externe Begutachtung setzt jedoch zunächst eine Ausschreibung dieser Leistung sowie das Vorhandensein der erforderlichen Haushaltsmittel voraus. Insofern wäre mit einem Ergebnis nicht vor dem 2. Halbjahr 2021 zu rechnen.

Aus heutiger Sicht kann bereits festgestellt werden, dass eine Verwiegung der Rest- und Bioabfälle als Voraussetzung für eine mengenabhängige Gebührenerhebung zunächst die Ausrüstung sämtlicher Sammelfahrzeuge mit der entsprechenden Verwiege Technik und eine Anpassung des derzeitigen Abrechnungsmodells erforderlich macht. Dies würde in jedem Fall zu zusätzlichen Kosten führen, die auf die Abfallgebühren umzulegen wären.

Abschließend macht sie darauf aufmerksam, dass Sozialtarife in der Gebührenerhebung nach Kommunalabgabengesetz nicht zulässig sind.

Bezüglich einer Reduzierung der Grundgebühr weist Frau Grochowski darauf hin, dass diese auch die Kosten für Sperrmüll, Wertstoffhof und Schadstoffmobil umfasst.

Herr Jäkel bittet um Ausführung zu den Kosten der externen Begutachtung. Er weist darauf hin, dass die STEP auf den Tag genau die entsorgte Müllmenge erfasst. Wenn eine Abfalltonne urlaubsbedingt nicht herausgestellt und somit nicht geleert wurde, werden die Kosten trotzdem in Rechnung gestellt.

Frau Grochowski betont, dass das zu beauftragende Gutachten das gesamte Sammlungsspektrum umfassen müsse. Hierbei handelt es sich um eine umfängliche Kalkulation, die einer Begutachtung bedarf.

Des Weiteren weist sie darauf hin, dass die sog. Ausfallzeiten durch z.B. Urlaub bereits in der Gebührenberechnung beachtet werden.

Herr Raschke bringt den **Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE** ein.

Die DS 20/SVV/1355 wird um folgenden Punkt 6 ergänzt:

6. welche Möglichkeiten bestehen, die Berechnung der Grundgebühr gemäß §5(a) der Abfallgebührensatzung zu ändern. Es soll geprüft werden, inwiefern die Grundgebühr auf Grund der Anzahl der zu entleerenden Behälter berechnet werden kann. Dabei soll eine Differenzierung beibehalten werden, die zwischen Haushalten, Gewerbe, Kleingärten, Erholungsgrundstücken und Grundstücken mit Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen unterscheidet.

Herr Eichert betont, dass er dem vorliegenden Antrag so nicht zustimmen könne. Aus seiner Sicht ist es wichtig zu erfahren, warum in Potsdam die Müllgebühren teurer sind als in anderen Städten.

Herr Kirsch macht deutlich, dass mit der Einführung des Verwiegens des Mülls die Gefahr bestehe, dass noch mehr Müll im Wald landet.

Herr Dörschel schließt sich dem an und ergänzt, dass auch Müll in den Blauen oder Gelben Tonnen landen würde. Auch die Kosten für das Gutachten stehen seiner Ansicht nach nicht im Verhältnis zu dem zu erwartenden Ergebnis. Außerdem besteht auch die Gefahr, dass dann Gebührenbescheide anfechtbar sein könnten.

Frau Grochowski verweist auf die Erkenntnisse des Saarlandes, wo seit der Einführung des Verwiegens des Mülls eine auffällige Steigerung der Abfallmengen in den öffentlichen Abfallbehältern zu verzeichnen ist. Auch der finanzielle Aufwuchs für die STEP durch die technische Umrüstung wird sich in der Abfallgebühr niederschlagen.

Herr Jäkel erklärt, dass man nicht davon ausgehe, dass es eine Mehrheit in den Fraktionen gibt, die die gestellten Fragen in einer übersichtlichen Form beantwortet haben möchte.

Herr Troche stellt folgend **Antrag zur Geschäftsordnung**: Der Antrag soll zurückgestellt und die Argumente in der Fraktion beraten werden.

Herr Friese stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Der Zurückstellung des Antrages wird einstimmig zugestimmt.

zu 3.2 Unterbindung des Durchgangsverkehrs (Schleichwege) für LKW über 3,5 t durch das 'Alte Rad' in Eiche
Vorlage: 20/SVV/1500

Ortsbeirat Eiche

Herr Wustrack (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) verweist darauf, dass der Antrag inhaltlich erledigt ist. Außerdem verweist er auf die Unzulässigkeit. Er weist darauf hin, dass es diverse Befassungen mit dem Thema gab. So gab es 2018 in den Ortsbeiratssitzungen dazu mehrfache Erläuterungen unter unterschiedlichen Aspekten. Im Zusammenhang mit dem Beschluss des Ortsbeirates zur Untersuchung, den LKW-Verkehr zu unterbinden (DS 18/SVV/0856), gab es eingehende Untersuchungen mit anschließender Erörterung im Ortsbeirat.

In der Folge gab es persönliche Beratungen am Tisch des Beigeordneten. Es wurden verkehrstechnische Untersuchungen durchgeführt. Herr Wustrack betont, dass es keinerlei Vorfälle gab, an denen LKW beteiligt waren. Er empfiehlt eine Umwandlung des Antrages in einen Prüfauftrag. Bei Beschluss der vorliegenden Drucksache muss eine Beanstandung erfolgen.

Herr Twerdy macht deutlich, dass die Situation für die Anwohner problematisch zu sein scheint, da es dort offensichtlich keine Fußwege gibt. Er regt an, zu prüfen, was getan werden kann, um Abhilfe zu schaffen. Er fragt, was

diesbezüglich bereits getan wurde. Des Weiteren fragt er, ob die Einrichtung von Fußwegen oder einer Spielstraße möglich sei. Auch bauliche Maßnahmen für eine Verkehrsberuhigung sowie farbliche Markierung, dass man erkennt, dass sich dort Kinder aufhalten sollten geprüft werden.

Herr Wustrack erklärt, dass es in gesamten Wohngebiet Gehwege gibt. Alle angeführten Aspekte wurden gemeinschaftlich geprüft. Auch die Gefährdungslage wurde analysiert. Im Ergebnis hat sich herausgestellt, dass sich das Verkehrsaufkommen so darstellt, dass eine weitere Beruhigung nicht erforderlich ist. Das gesamte Wohngebiet ist eine Tempo 30 Zone mit gleichberechtigte Straßen. Somit gilt rechts vor links, was bedeutet, dass alle Fahrzeuge an den Kreuzungen ihre Fahrt verlangsamen.

Herr Wustrack macht deutlich, dass auch gemeinsam mit dem Ortsbeirat die nichtamtlichen Hinweisschilder besprochen und eingerichtet wurden. Er weist darauf hin, dass die Reiherbergstraße nicht normgerecht für diesen Verkehr ausgebaut ist. Auch dort soll der LKW-Verkehr minimiert werden. Abschließend betont er, dass die Maßnahmen der Straßenverkehrsbehörde zur Gefahrenabwendung auferlegt werden.

Herr Jäkel verweist auf die ursprüngliche Situation in diesem Bereich. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, wie der schwere LKW-Verkehr durch geeignete Maßnahmen verhindert.

Herr Eichert bittet zu klären, ob dies ein Prüfauftrag sein soll oder ob der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

Herr Wustrack erklärt, dass man sich mit der Eingemeindung des Ortsteils Golm 2003 intensiv mit der Verkehrssituation beschäftigt hat. 2007 gab es ein Verkehrsgutachten, wieviel Verkehr zumutbar ist. Der Verkehr wird hier zwar als störend empfunden, bewegt sich aber im Rahmen.

Er betont, dass alle Aspekte beleuchtet wurden und eine erneute Prüfung keine anderen Ergebnisse hervorbringen würde.

Frau Schulze fragt, ob das Ergebnis des Gutachtens mit dem gesamten Ortsbeirat besprochen wurden und ob dem Ortsbeirat die Unterlagen bekannt sind.

Herr Wustrack teilt mit, dass Herr Pahnhenrich in dem Gespräch mit Rubelt für den Ortsbeirat gesprochen hat. Auch im Nachgang wurden die Fragen von Herrn Pahnhenrich als Ortsvorsteher oder Ortsbeiratsmitglied gestellt.

Herr Kirsch weist darauf hin, dass ausführlich erklärt wurde, dass der Antrag nicht umgesetzt werden kann. Er stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: Ende der Debatte und Abstimmung über die Drucksache.

Herr Jäkel spricht dagegen.

Herr Friese stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Mit 2 Zustimmungen, 6 Ablehnungen und 1 Stimmenthaltung wird der Geschäftsordnungsantrag **abgelehnt**.

Herr Jäkel informiert, dass Herr Pahnhenrich über das Gespräch mit Herrn Rubelt im Ortsbeirat berichtet hat. Danach kam es zu dem Antrag, der auch im

Ortsbeirat behandelt wurde. An den Sitzungen des Ortsbeirates hat kein Vertreter der Verwaltung teilgenommen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Friese die Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Ordnung und Sicherheit empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, dass der Durchgangsverkehr (Schleichverkehr) für LKW über 3,5 t durch das „Alte Rad“ in Eiche sofort unterbunden wird.

Abstimmungsergebnis:

Mit 5 Zustimmungen, 1 Ablehnung und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich angenommen.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht

Vorlage: 20/SVV/1393

Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht

Vorlage: 20/SVV/1394

Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Prüfauftrag Gelbe Tonne PLUS (Wertstofftonne)

Vorlage: 21/SVV/0075

Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit

Frau Grochowski (Fachbereich Ordnung und Sicherheit) bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen. Sie macht deutlich, dass die Einführung der Gelben Tonne PLUS eine Vereinfachung der Sammlung für den Bürger bedeuten würde, da keine Unterscheidung mehr zwischen Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen erfolgen müsse. Des Weiteren würden Ressourcen geschont, da stoffgleiche Abfälle im Kreislauf verbleiben und recycelt werden können.

Sie macht aber auch deutlich, dass eine Kostenbeteiligung an den Sammelkosten für stoffgleiche Nichtverpackungen zur Erhöhung der Abfallgebühren führen würde. Die Reduzierung der Restabfallmengen wird, wenn überhaupt, erst mittelfristig erfolgen

Herr Jäkel empfiehlt, alles so zu belassen, wie es ist und die Wertstofftonne nicht einzuführen.

Herr Dörschel widerspricht dem. Er spricht sich dafür aus, den Ansatz weiter zu verfolgen.

Herr Eichert weist darauf hin, dass die Müllgebühren auch Kosten des Wohnens sind. Er bittet zu bedenken, wie sich die Mietnebenkosten in den letzten Jahren entwickelt haben. Man sollte auch immer den Blick auf den Kosten haben.

Herr Dörschel sieht die Verhältnismäßigkeit von Aufwand und Nutzen hier gegeben.

Herr Gindele spricht die Einsparungen bei den Kosten für Restabfall an, die bei der Einführung der Gelben Tonne PLUS möglich sind.

Frau Wiedemann (Fachbereich Ordnung und Sicherheit) weist darauf hin, dass auch bisher noch Anteile von Verpackung im Restabfall enthalten sind. Sie macht deutlich, dass nicht vorhersehbar ist, wann dann eine Einsparung bei den Kosten für Restabfall eintritt. Dies ist immer von der Mitwirkung der handelnden Personen abhängig.

Herr Jäkel hält die korrekte Müllentsorgung für ökologisch wichtig. Er befürchtet aber, dass mit der Einführung der Gelben Tonne PLUS die Abfallgebühr steigt und der gewünschte Effekt nicht erzielt wird.

Herr Blénessy weist darauf hin, dass eine erhebliche Menge an Plastikmüll in der Gelben Tonne landet. Er hält die entstehenden Kosten für vertretbar.

Frau Schulze verweist darauf, dass der Prüfantrag zur Senkung der Müllgebühren zurückgestellt wurde, um diesen nochmal intensiv zu diskutieren. Sie bittet im Interesse der Einwohner der LHP zu überlegen, ob ein derartiger Antrag eingebracht werden soll.

Herr Dörschel erklärt, dass dies lediglich ein Verhandlungsauftrag sein soll.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.4 Einsatzstatistik Feuerwehr 2020

Herr Krawinkel (Fachbereich Feuerwehr) gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über die Einsätze der Feuerwehr 2020.

Herr Raschke fragt, ob es im Lockdown merkbare Veränderungen gab, wie z.B. eine Steigerung bei psychosozialen Einsätzen.

Herr Krawinkel erklärt, dass im April und Mai 2020 weniger Einsätze zu verzeichnen waren. Dies hat sich im Verlauf des Jahres z.B. durch Verlegungsfahrten ausgeglichen. Auch die Einsatzdauer hat sich etwas erweitert. Psychosoziale Einsätze können nur anhand der Einsatzprotokolle herausgezogen werden. Dazu ist er spontan nicht aussagefähig.

Herr Reimann bittet, diese Daten nachzureichen, wenn es möglich ist.

Abschließend verweist Herr Krawinkel auf die ausbezahlten Mehrarbeitsstunden. Er teilt mit, alle Stellen-Ausschreibungen und auch Dauerausschreibungen nur mäßig erfolgreich waren.

Es ist aber gelungen für einen Grundausbildungslehrgang 15 neue Mitarbeiter zu gewinnen, die im kommenden Jahr ausgebildet werden. Reich gerade aus, um die Altersausscheide auszugleichen.

Es wird versucht, alle bewilligten und nicht besetzten Stellen zu besetzen. Damit können zumindest die altersbedingt freiwerdenden Stellen ausgeglichen werden. Es wird aber nicht ausreichen, um alle pflichtigen Leistungen so zu erbringen, wie es nötig wäre.

zu 5 Sonstiges

Herr Dörschel verweist auf die Mitteilungsvorlage zur Standortsuche für einen Wertstoffhof im Potsdamer Norden, die auf der Tagesordnung der Sitzung des OS-Ausschusses am 24.11.2021 stand. Er fragt, ob das Thema von der Verwaltung weiterverfolgt wird. Dies ist ihm aus der Mitteilungsvorlage nicht klageworden.

Frau Grochowski (Fachbereich Ordnung und Sicherheit) macht deutlich, dass die Aufträge aus dem politischen Raum sehr ernst genommen werden. Es wurde eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe gebildet um zu prüfen, was ein Wertstoffhof beinhalten sollte. Das Prüfergebnis liegt noch nicht vor. Sobald die Parameter bekannt sind, sollte externer Sachverstand hinzugezogen werden. Es muss auch ermittelt werden, wie hoch der Anteil der Potsdamer Nutzer ist und wie groß der Anteil der Nutzer aus umliegenden Gemeinden. Das Prüfergebnis wird der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.

Herr Friese weist darauf hin, dass für die Aprilsitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit lediglich die heute zurückgestellte DS 20/SVV/1355 vorhanden ist. Da die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erst am 05.05.2021 tagt, schlägt er vor, die nächste Ausschusssitzung dann am 25.05.2021 durchzuführen und die Aprilsitzung entfallen zu lassen. Er bittet um Abstimmung darüber, dass die Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit am 27.04.2021 entfallen kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 6 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung angenommen.
Somit entfällt die Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit am 27.04.2021.

Nächste Sitzung des OS-Ausschusses: 25. Mai 2021, 18:00 Uhr

Daniel Friese
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin

Jahresstatistik Feuerwehr 2020



Landeshauptstadt
Potsdam

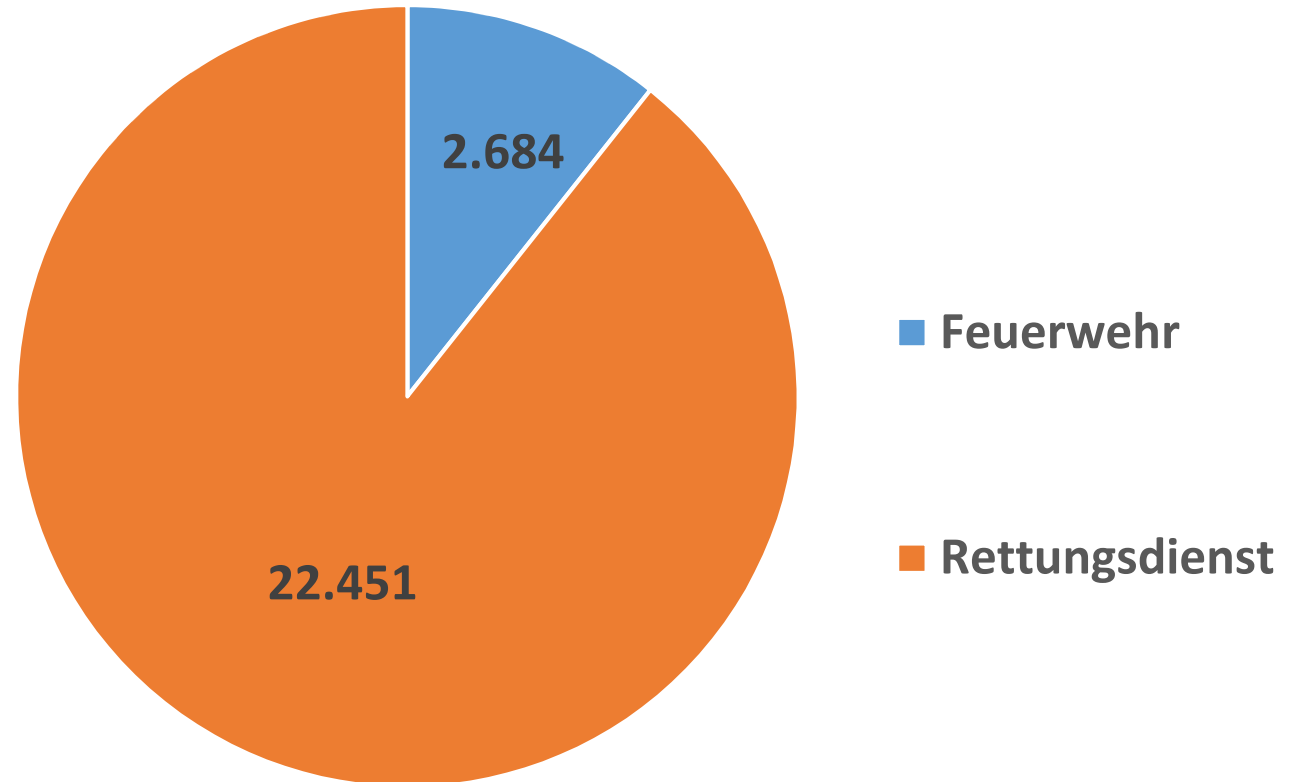


Gremium: Ausschuss für Ordnung und Sicherheit
Termin: 16.03.2021, 18:00 Uhr
Ort: Treffpunkt Freizeit

Agenda

- (1) Einsatzzahlen
- (2) Brandschutz und Technische Hilfeleistung
- (3) Rettungsdienst
- (4) Regionalleitstelle
- (5) Personal

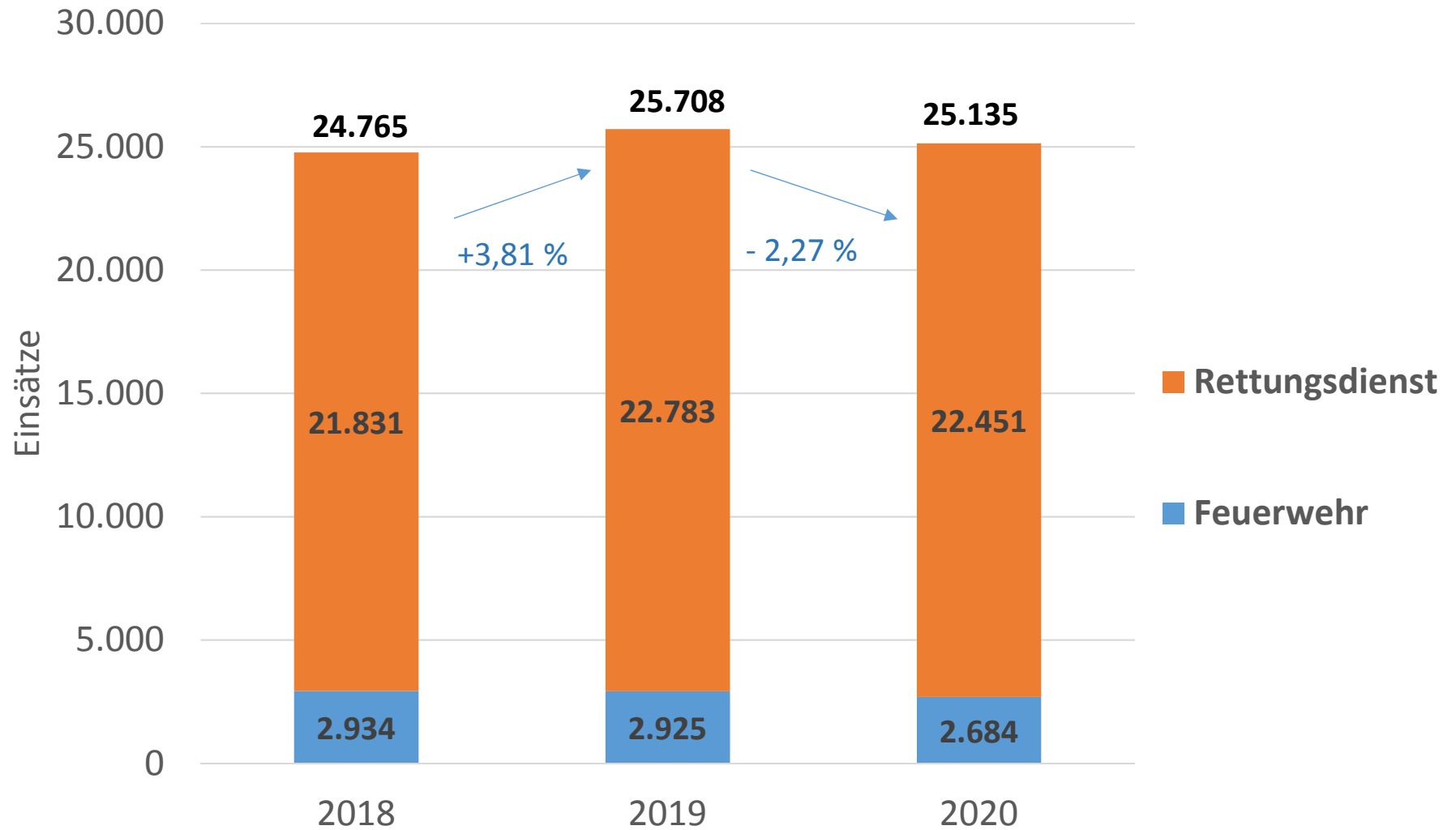
1 Einsatzzahlen



Gesamteinsatzaufkommen:
Entwicklung zum Vorjahr:

25.135 Einsätze
- 2,27 %

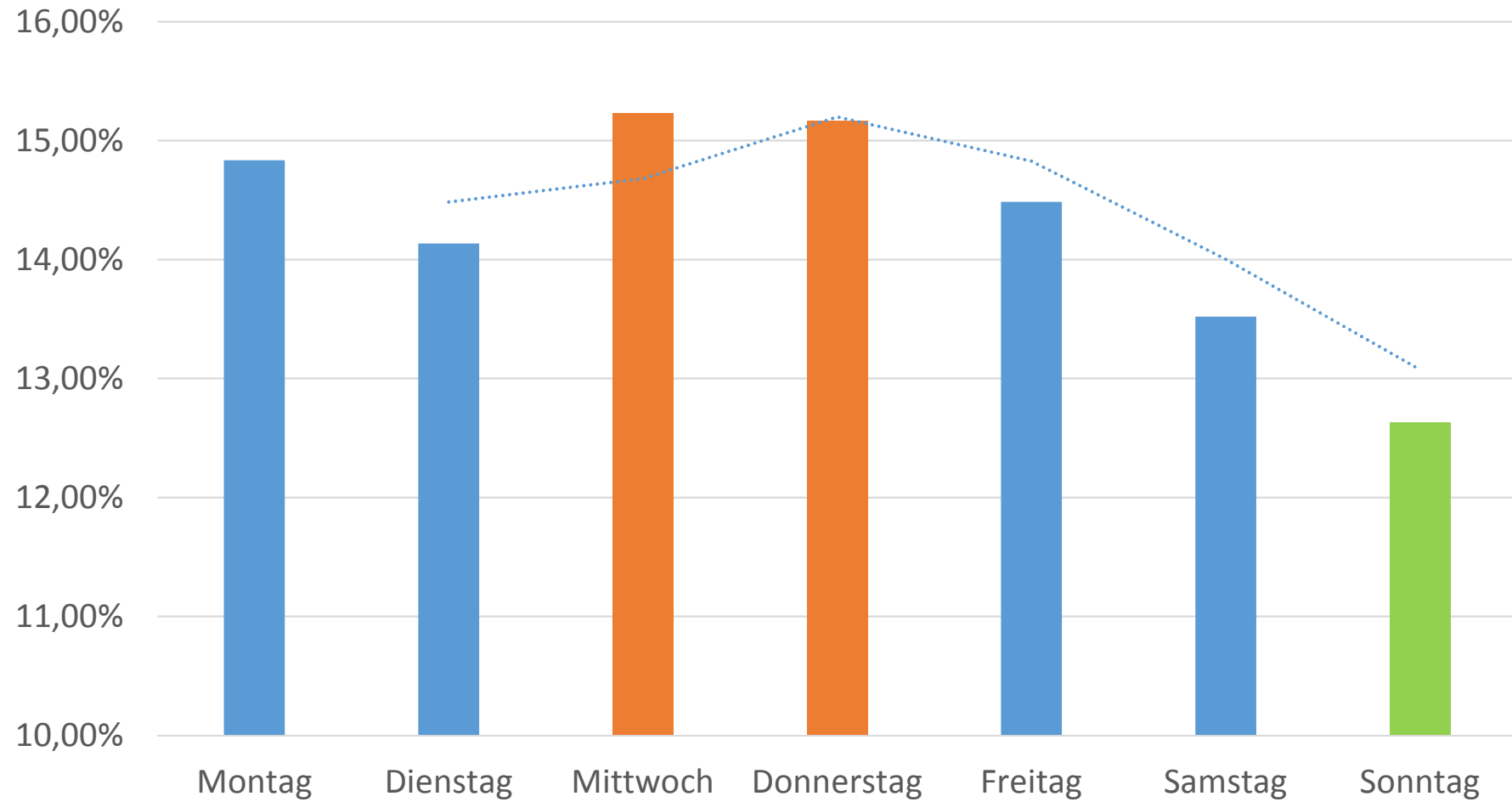
1 Einsatzzahlen



1 Einsatzzahlen



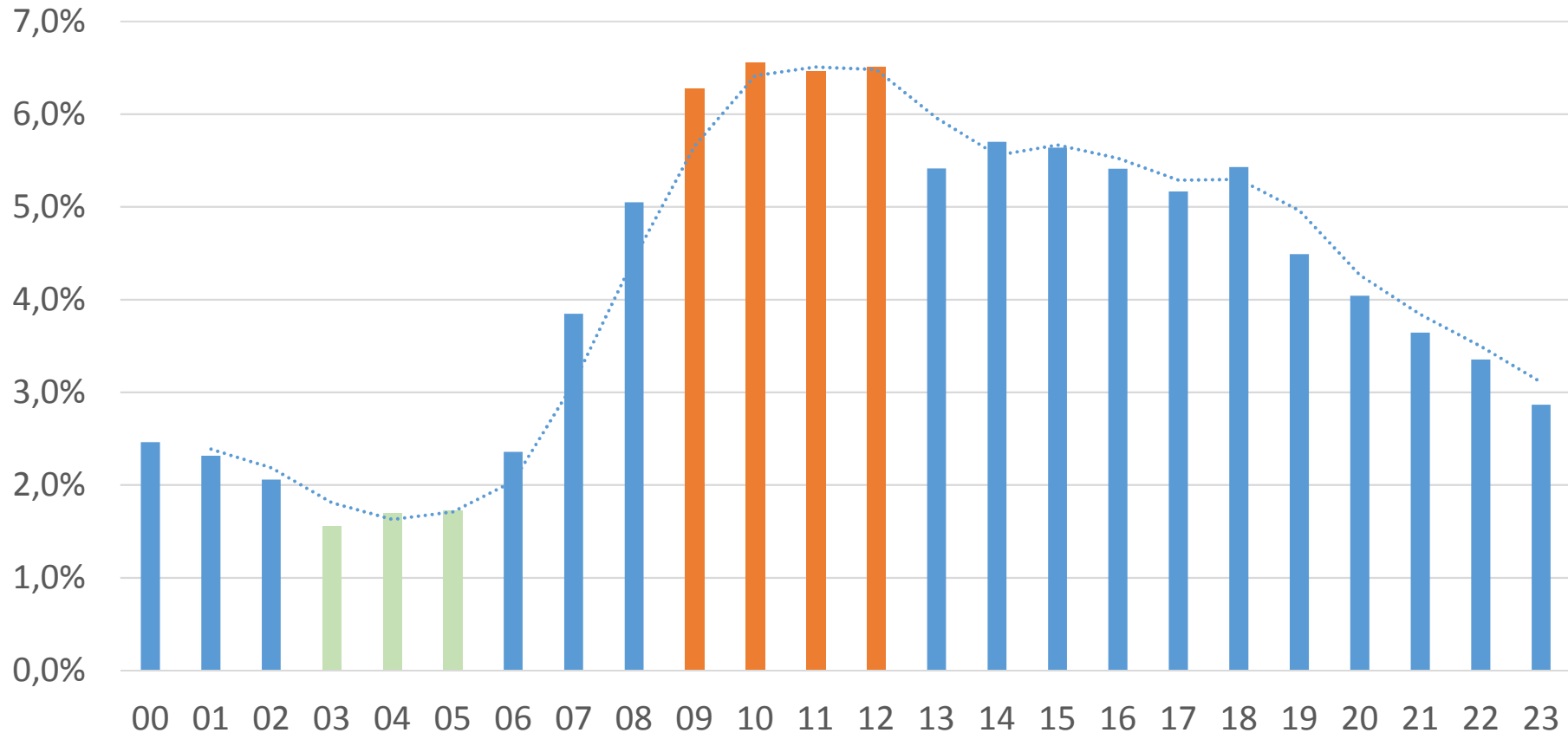
Verteilung der Einsätze nach Wochentagen



1 Einsatzzahlen



Verteilung der Einsätze nach Tageszeit



2 Brandschutz und Technische Hilfeleistung



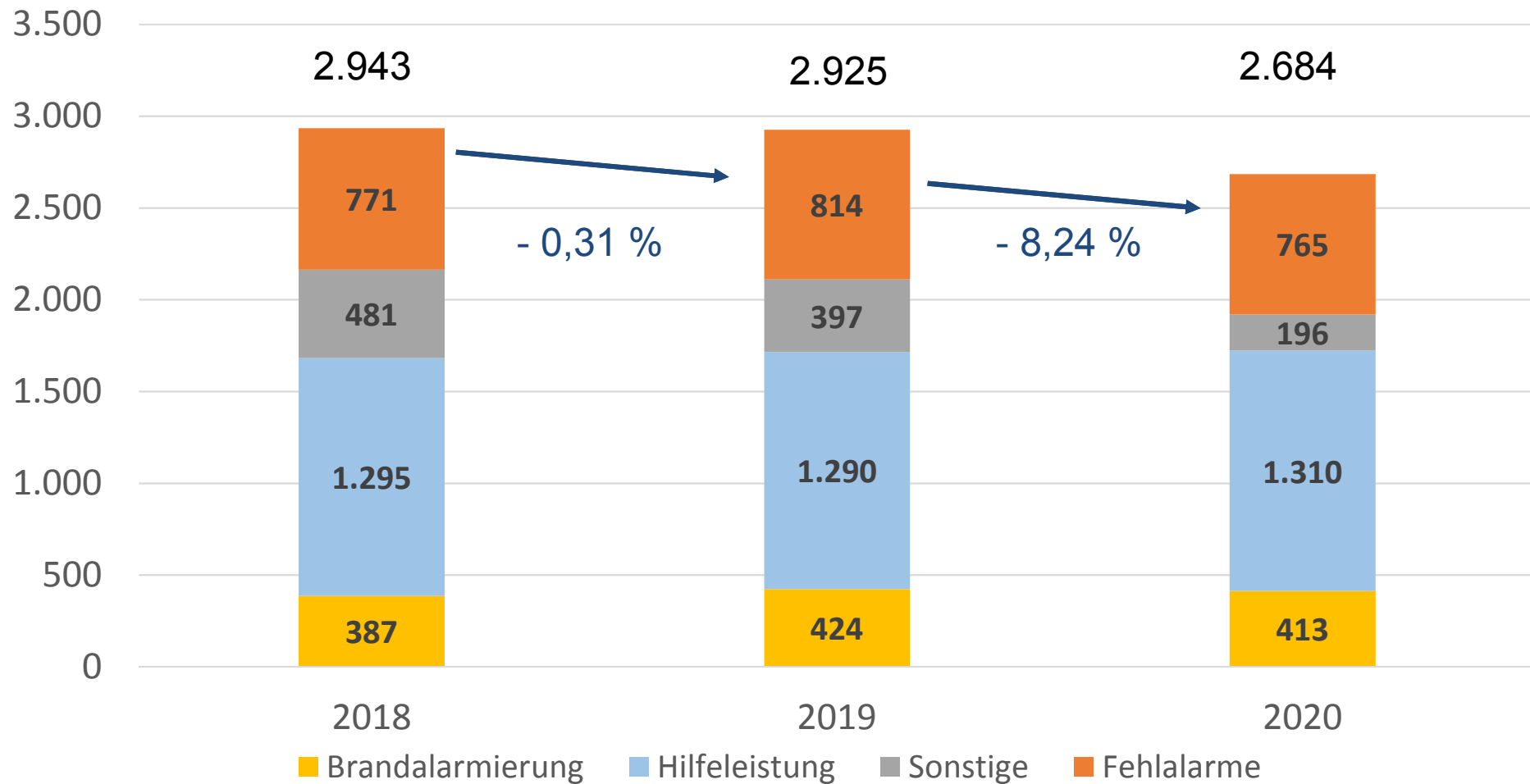
Landeshauptstadt
Potsdam



2 Brandschutz und Technische Hilfeleistung



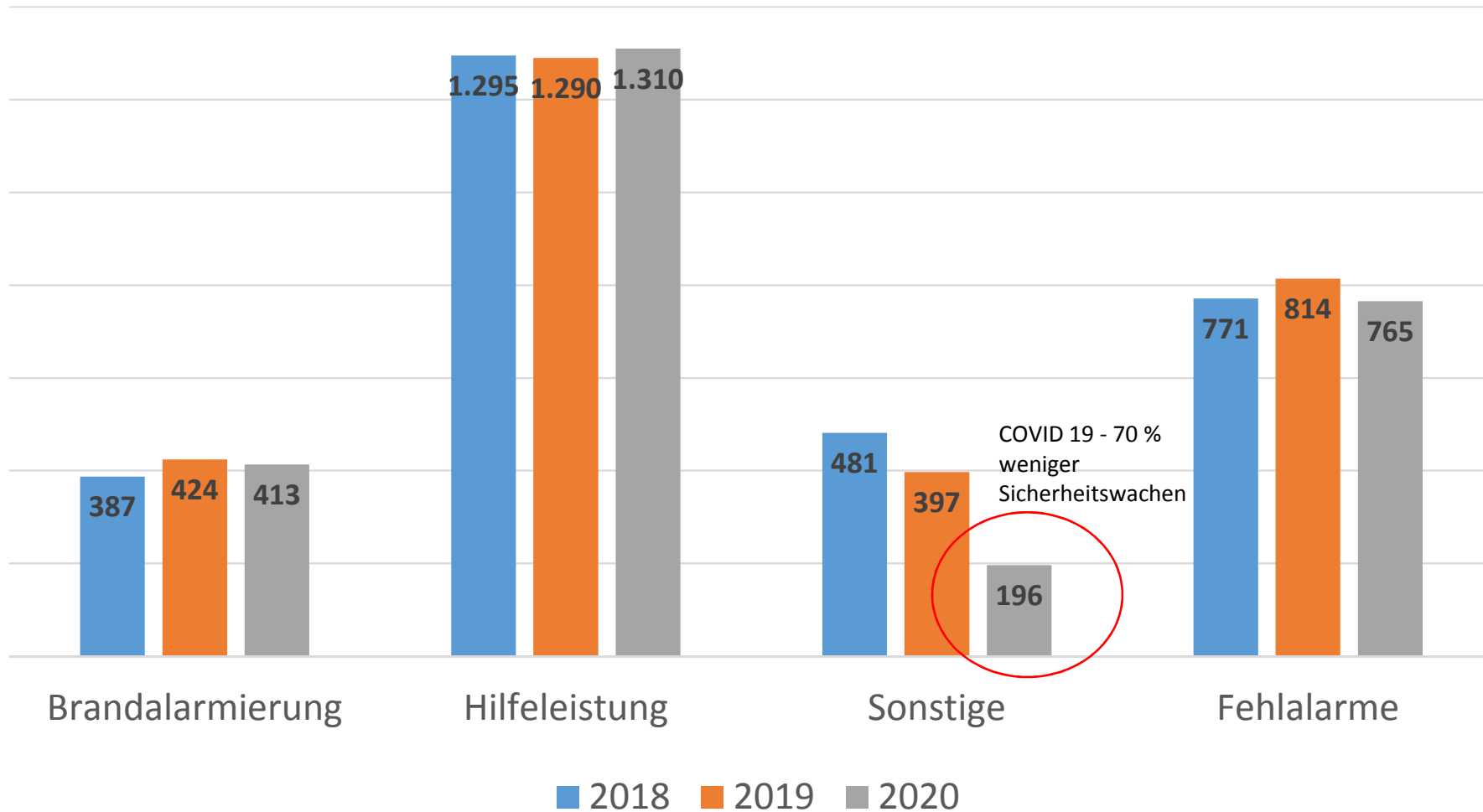
Entwicklung der Einsatzzahlen



2 Brandschutz und technische Hilfeleistung



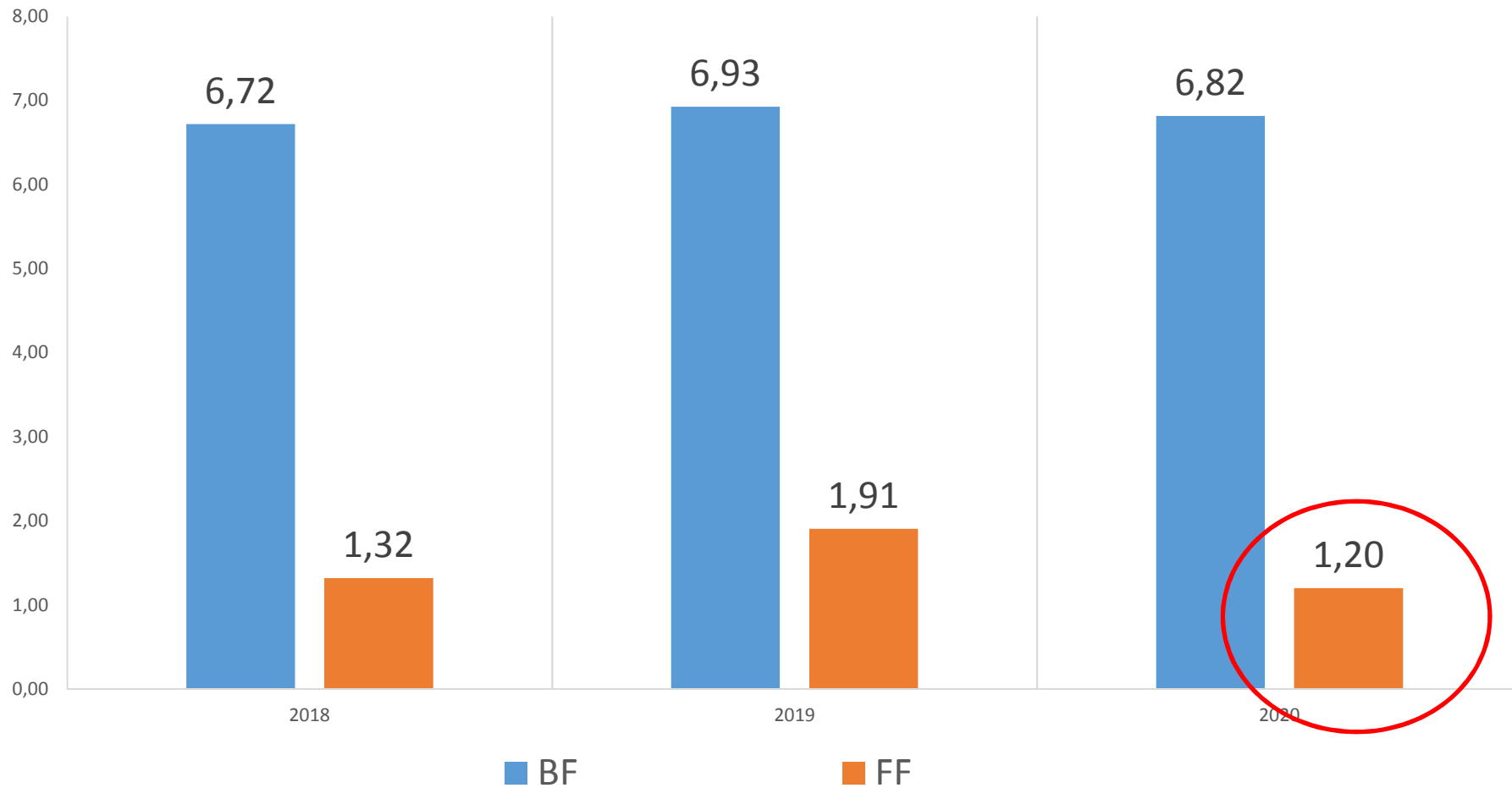
Einsatzentwicklung nach Einsatzart



2 Brandschutz und Technische Hilfeleistung



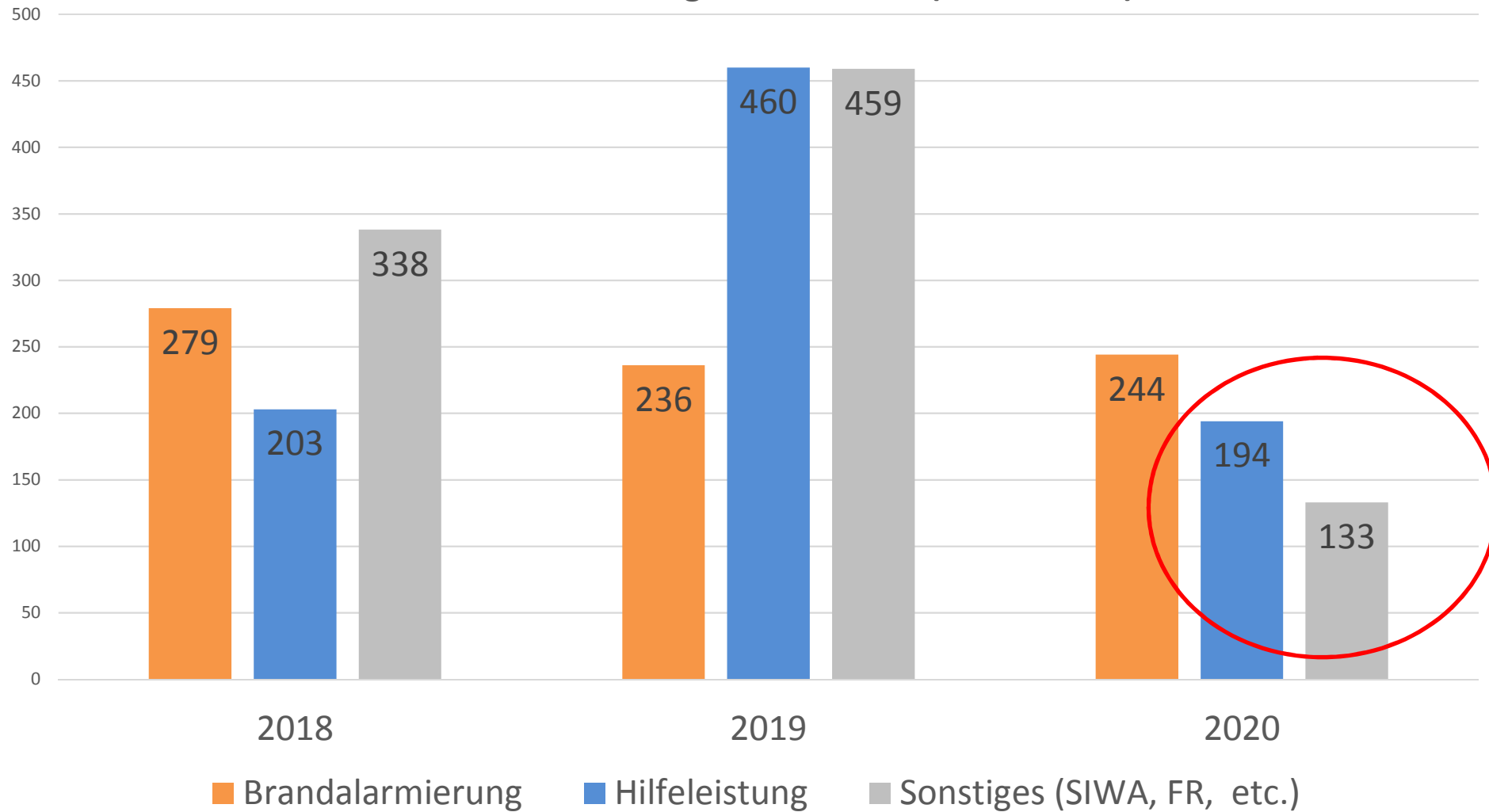
Einsatzfrequenz pro Tag



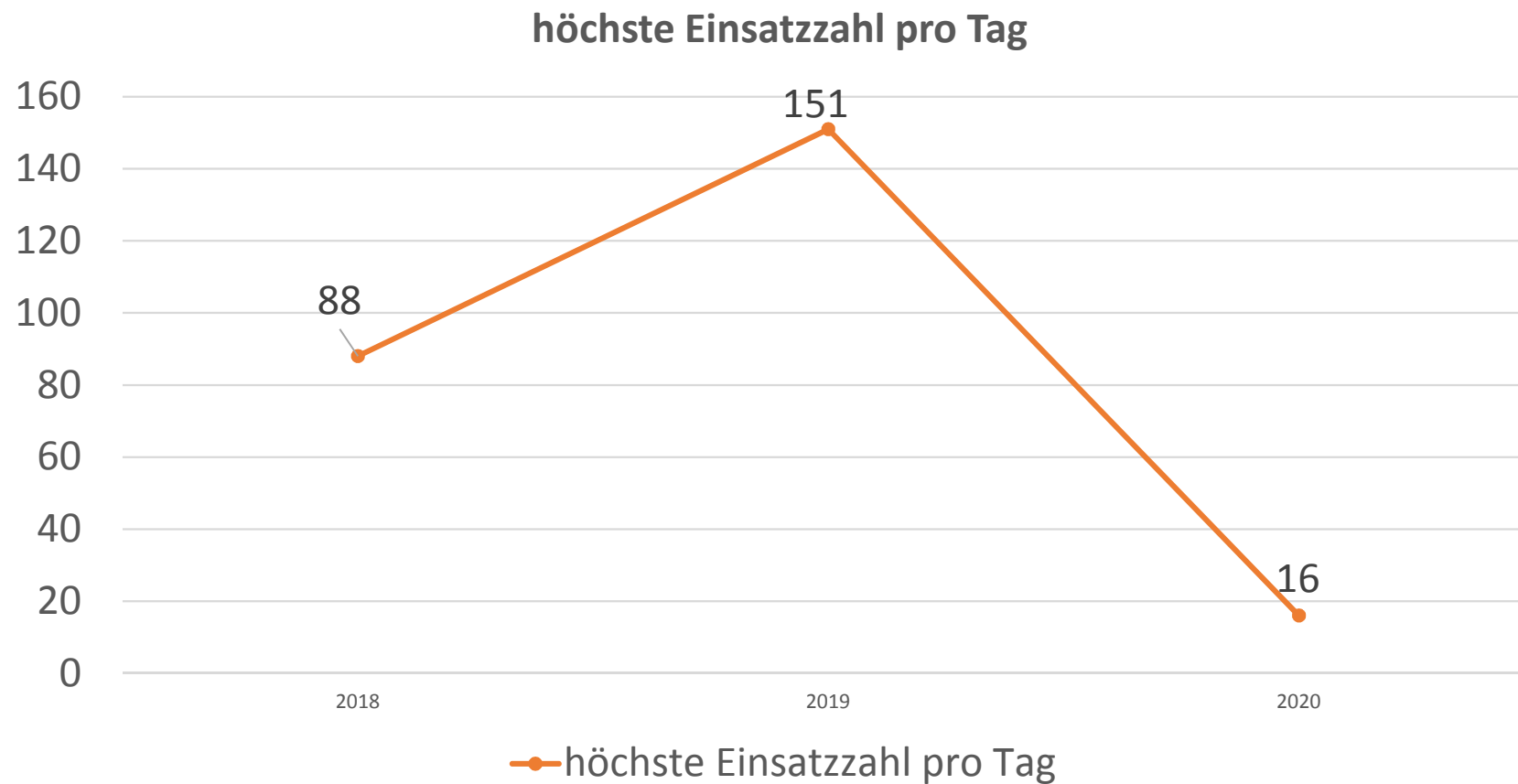
2 Brandschutz und Technische Hilfeleistung



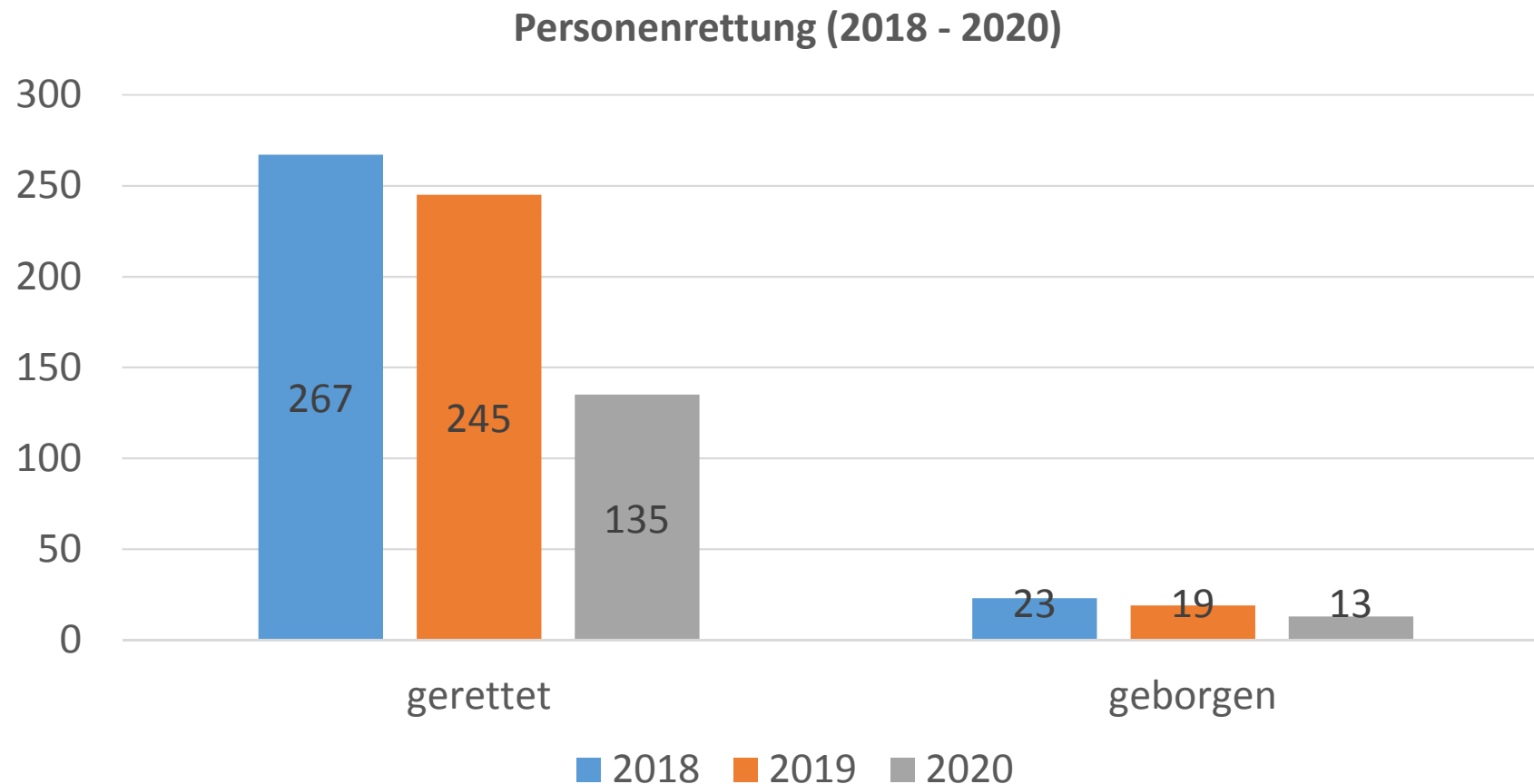
Einsatzzahlen der Freiwilligen Feuerwehr (2018 - 2020)



2 Brandschutz und technische Hilfeleistung



2 Brandschutz und technische Hilfeleistung



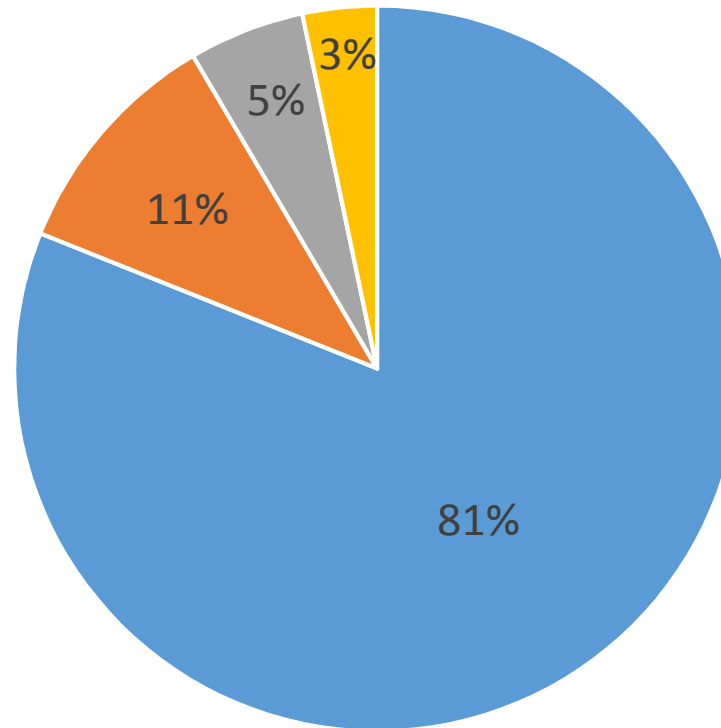
3 Rettungsdienst



3 Rettungsdienst



Einsatzzahlen des Rettungsdienstes 2020



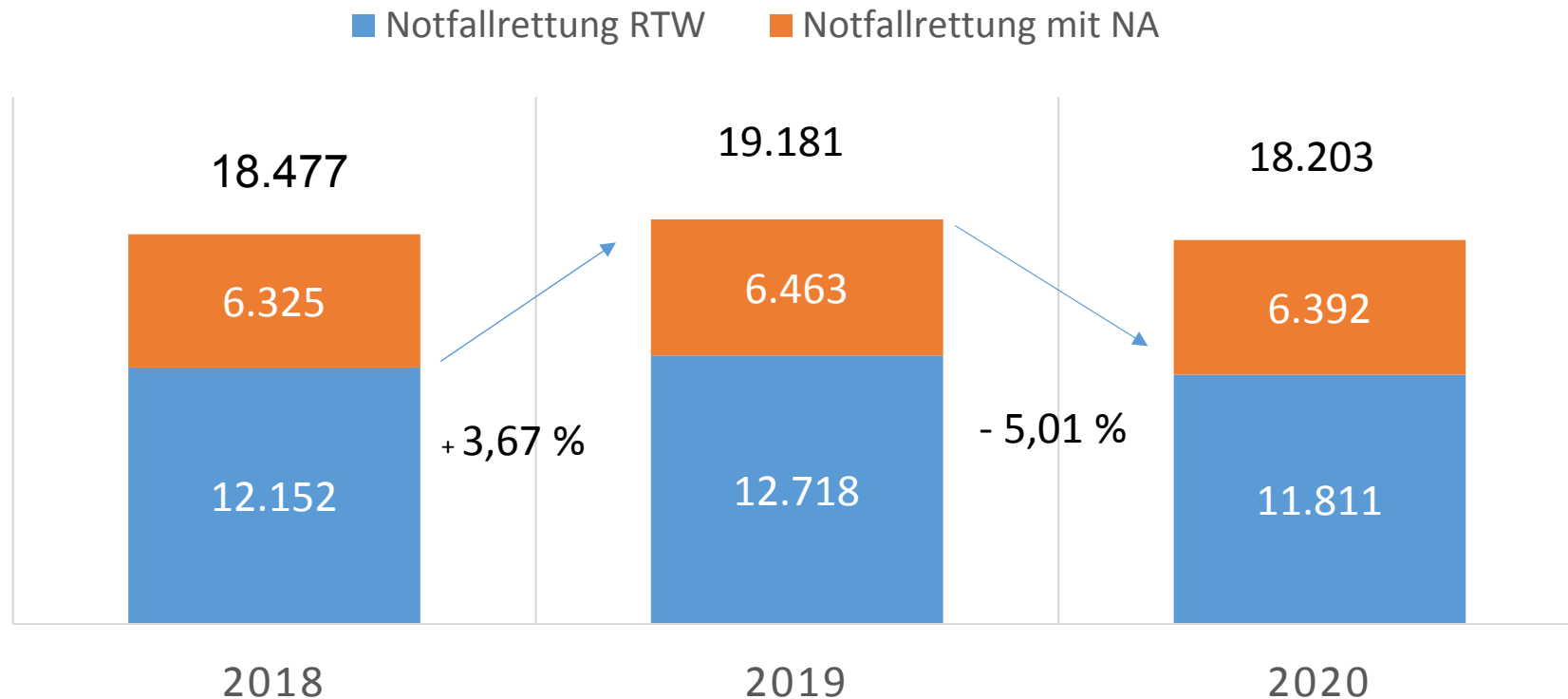
■ Notfallrettung ■ KTW ■ Verlegungsfahrten ■ Sonstiges (Ink., Pol., Org., Manv, Covid etc.)

Einsatzzahlen 2020: 22.451 Einsätze
Entwicklung zum Vorjahr: - 1,45 %

3 Rettungsdienst



ENTWICKLUNG DER NOTFALLRETTUNG 2018 - 2020

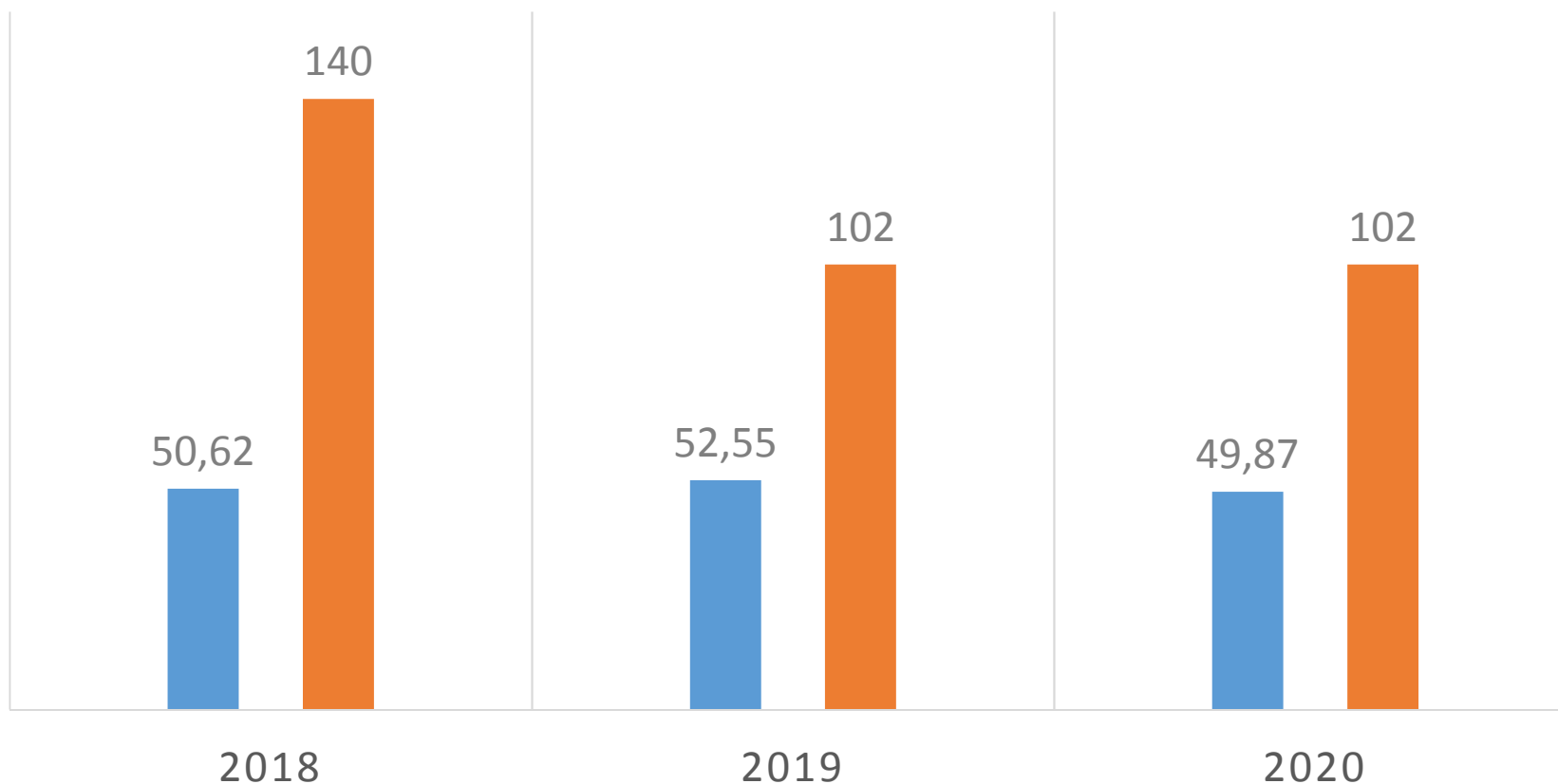


3 Rettungsdienst



AUSLASTUNG NOTFALLRETTUNG PRO TAG

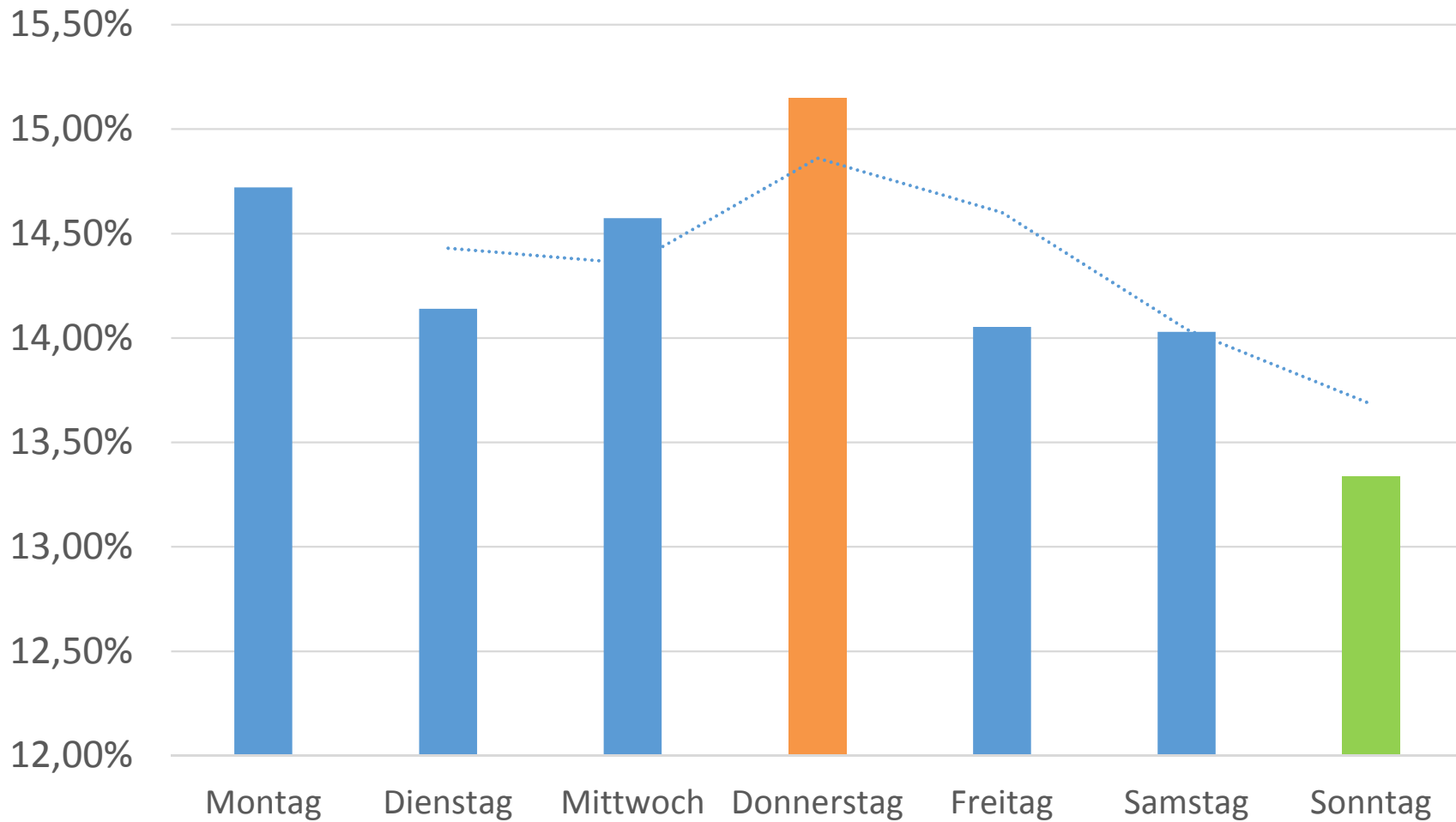
■ Ø Einsätze Notfallrettung ■ Spitzenlast Notfallrettung



3 Rettungsdienst



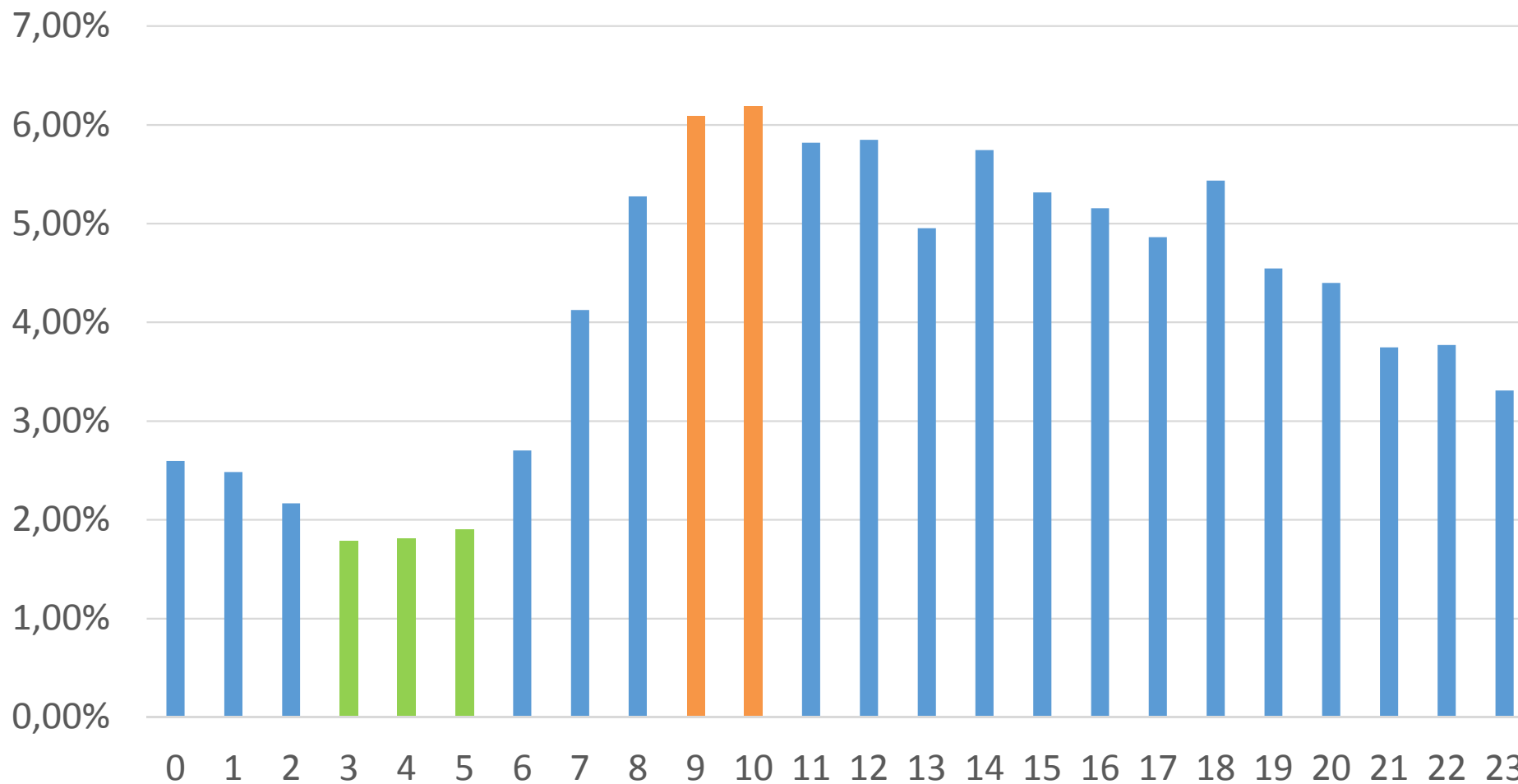
Verteilung der Notfallrettungseinsätze nach Tagen



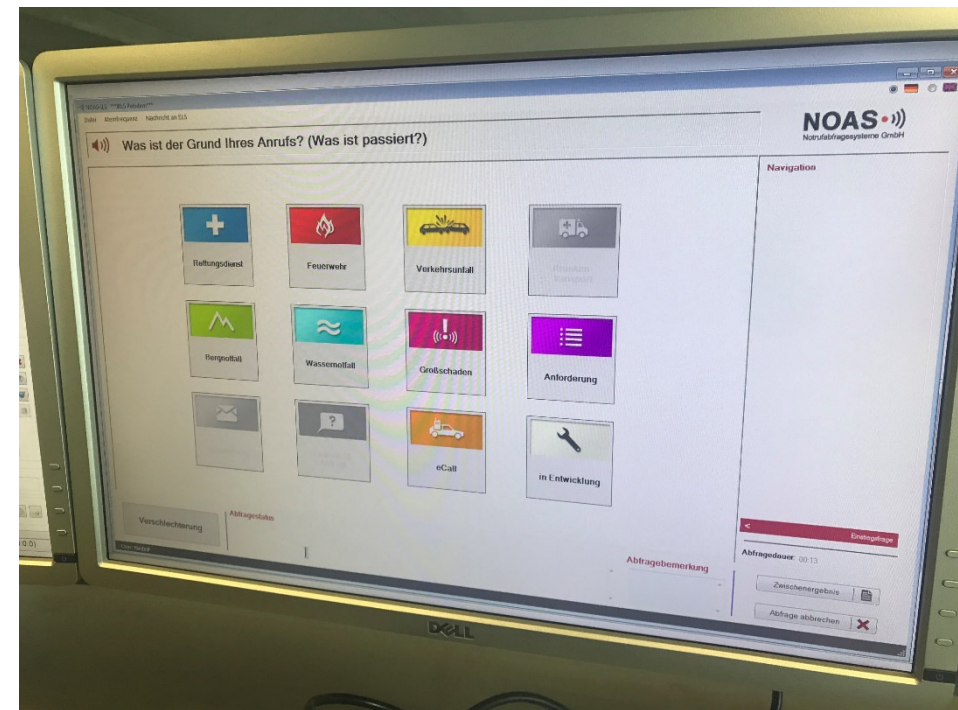
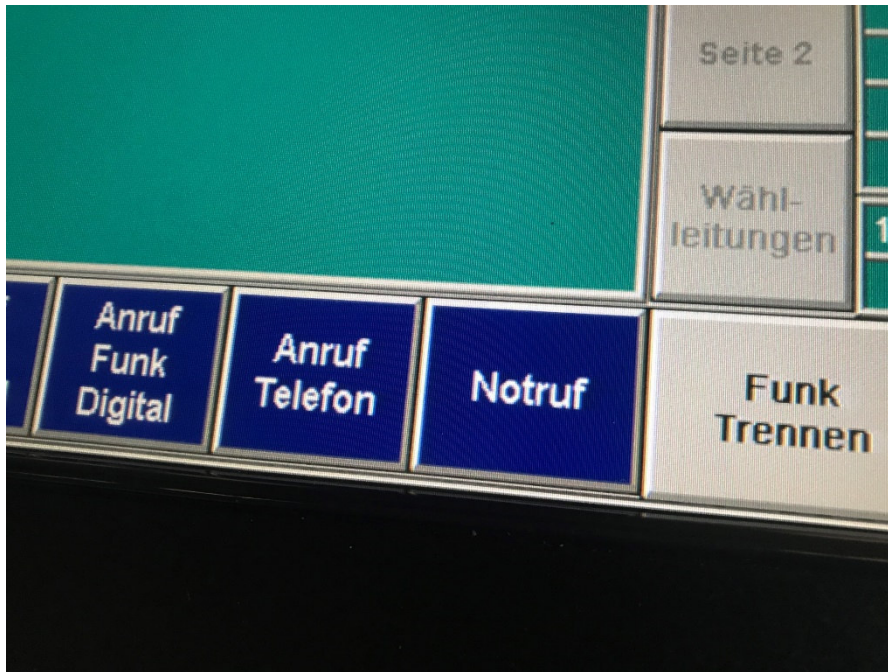
3 Rettungsdienst



Verteilung der Rettungseinsätze nach Tageszeit



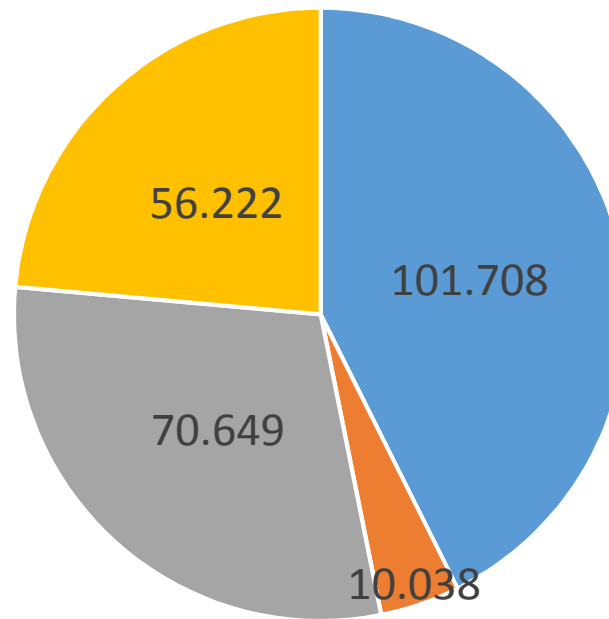
4 Regionalleitstelle Nordwest



4 Regionalleitstelle



Anrufbearbeitung in 2020



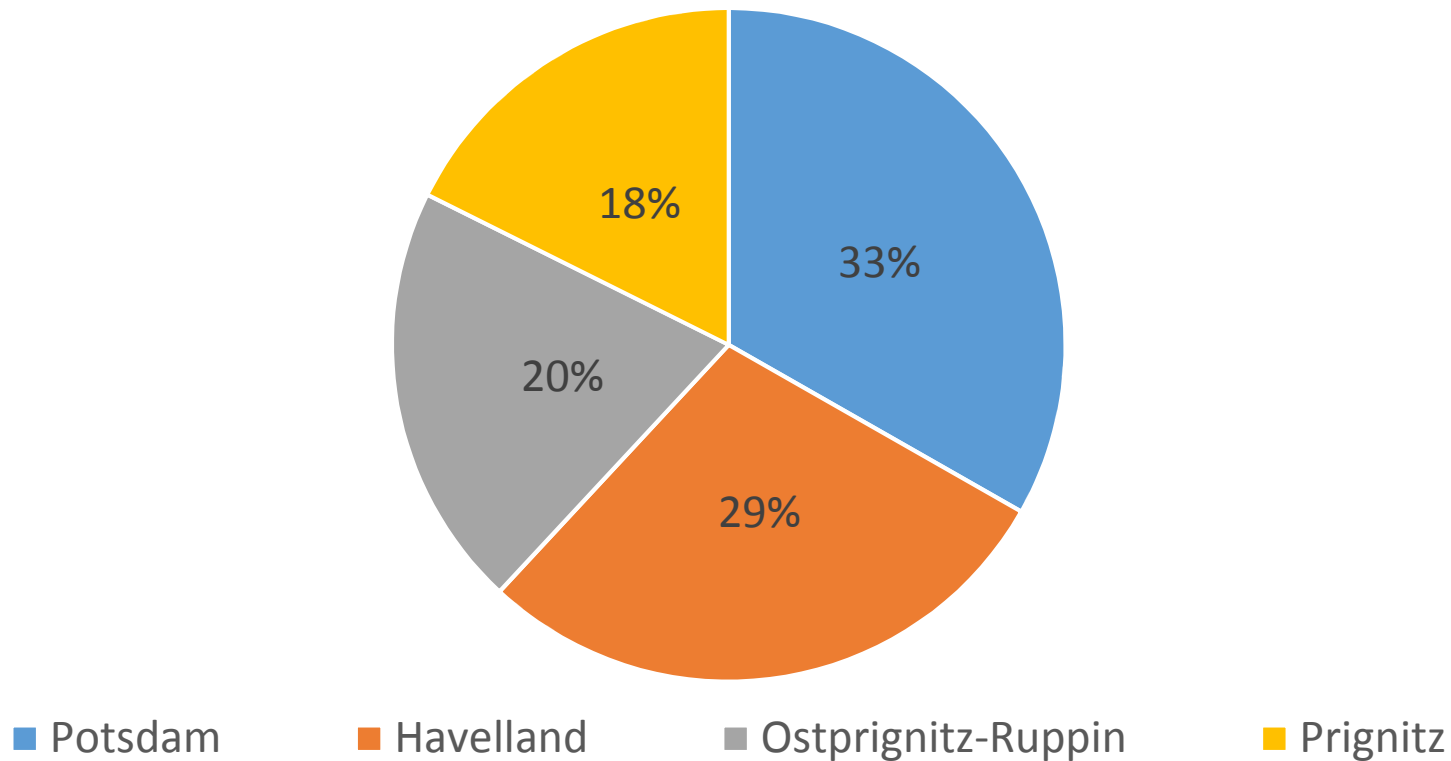
- Anzahl Notrufe
- Anzahl Anrufe Krankentransport
- ankommend/extern
- abgehend/intern

Gesamtanrufvolumen 2020: 238.617
Entwicklung zum Vorjahr: + 1,93 %

4 Regionalleitstelle



disponierte Einsätze 2020



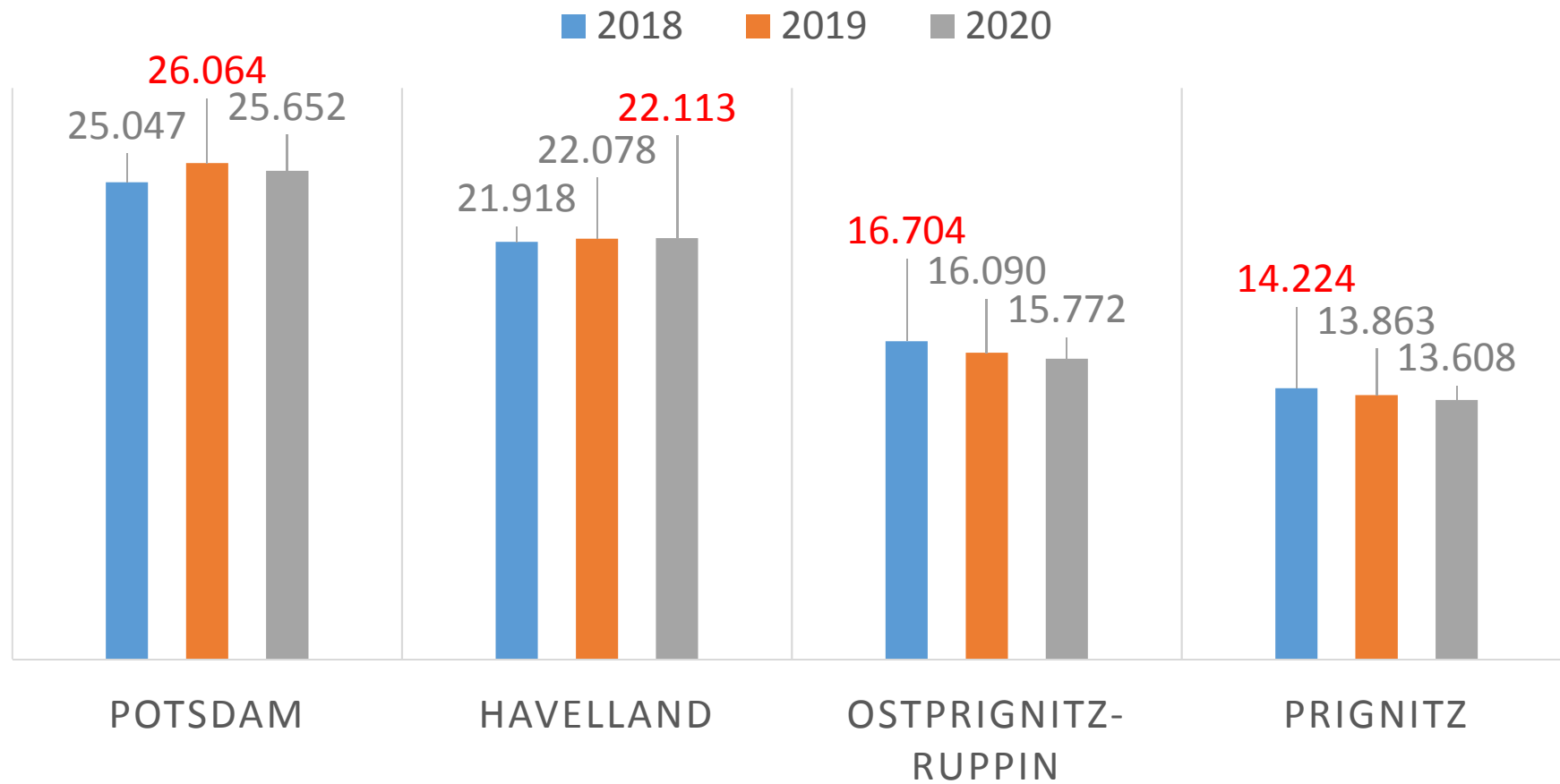
Gesamteinsatzvolumen 2020:
Entwicklung zum Vorjahr:

77.145
- 1,22 %

4 Regionalleitstelle



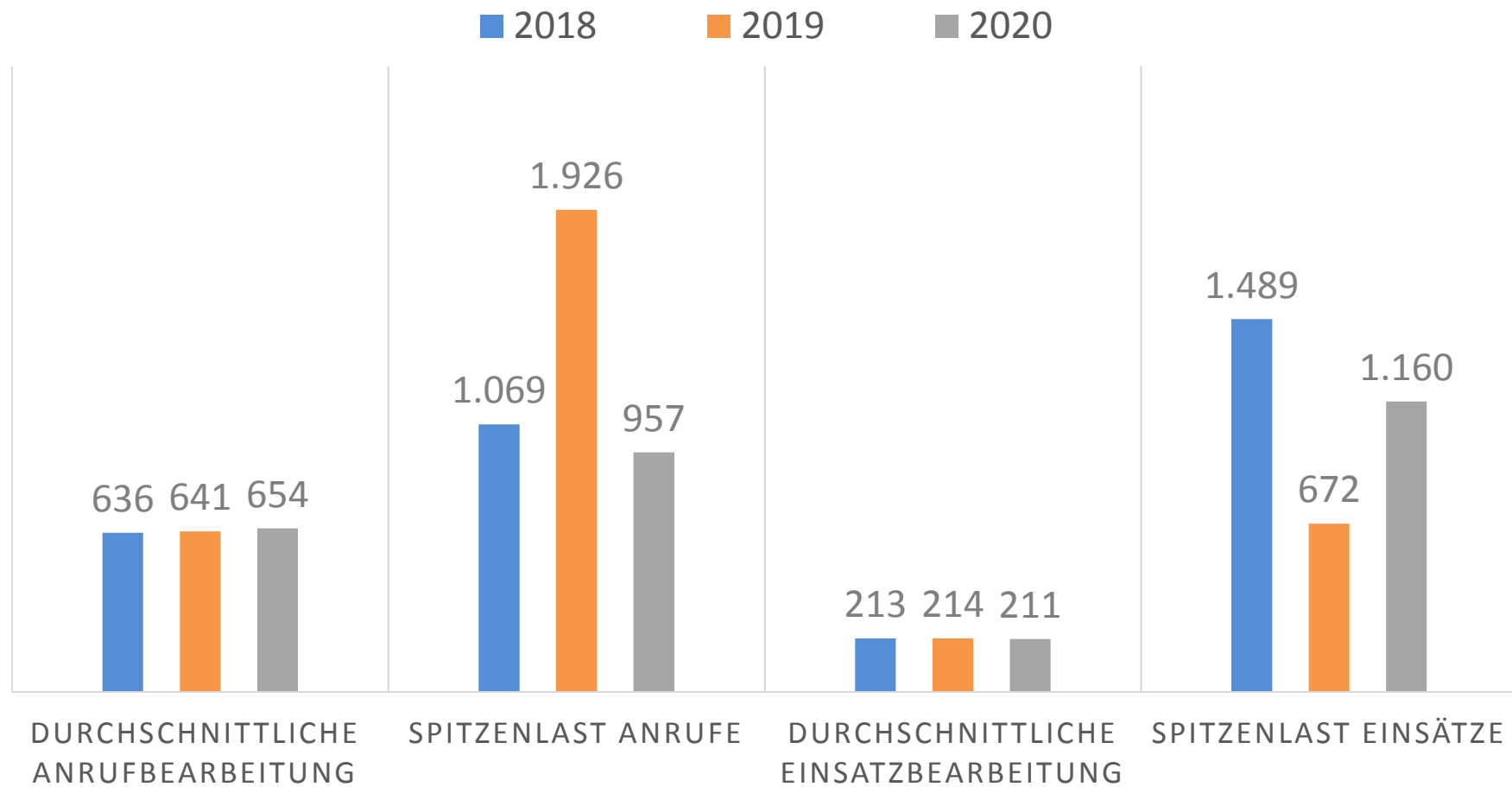
DISPONIERT EINSÄTZE



4 Regionalleitstelle



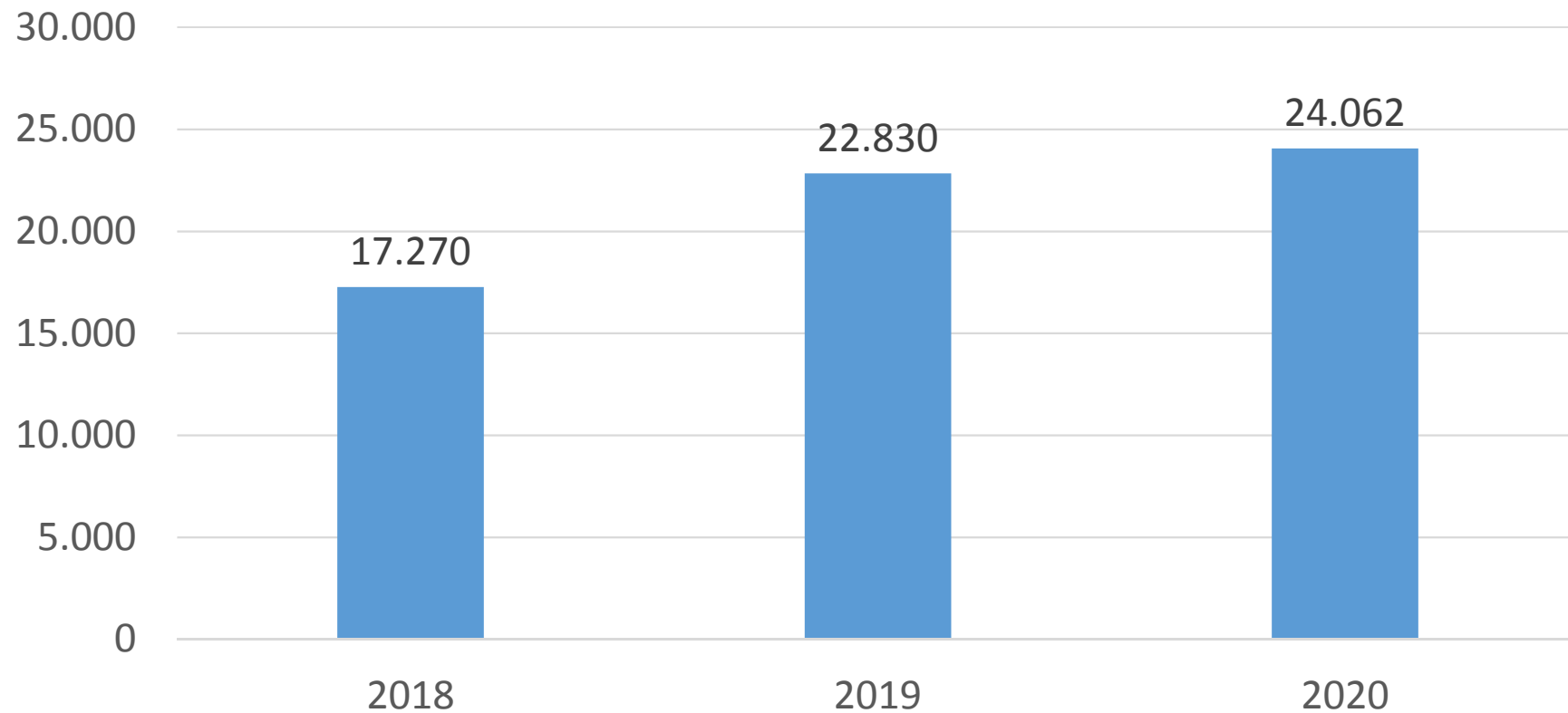
AUSLASTUNG PRO TAG



5 Personal



ausbezahlte Mehrarbeit der Wachabteilungen in [h]



* 24.062 h Mehrarbeit / 1.654 h Nettoarbeitszeit je MA = 14,52 Stellen



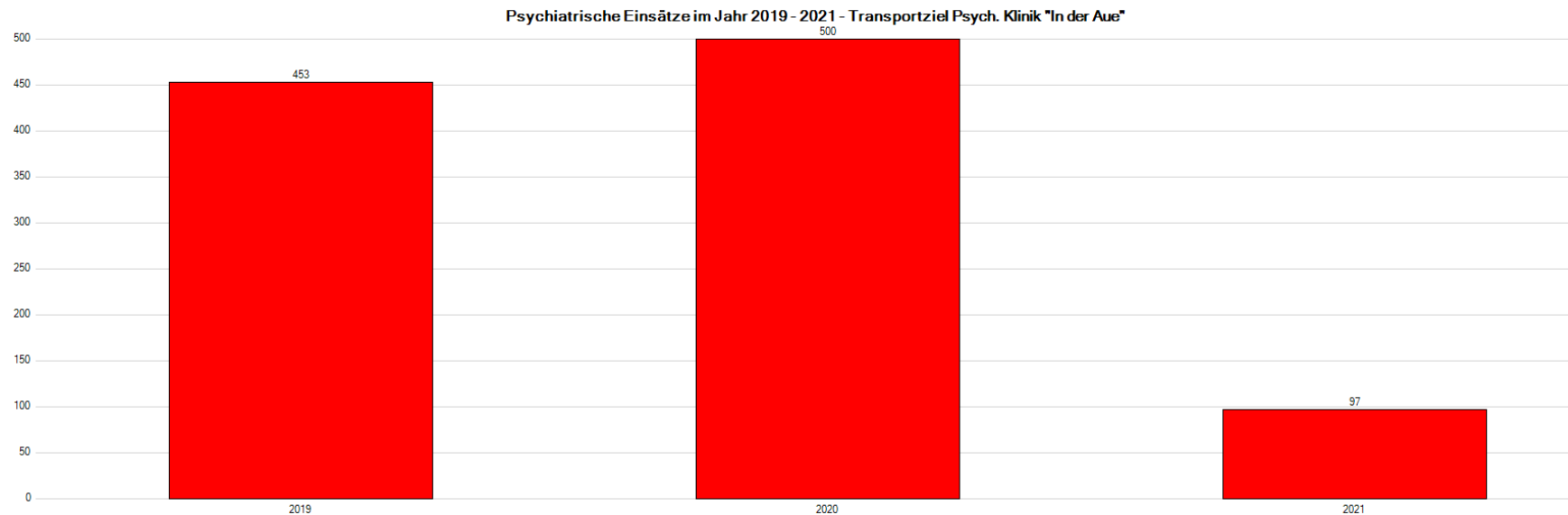
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Nachtrag Psychiatrische Einsätze

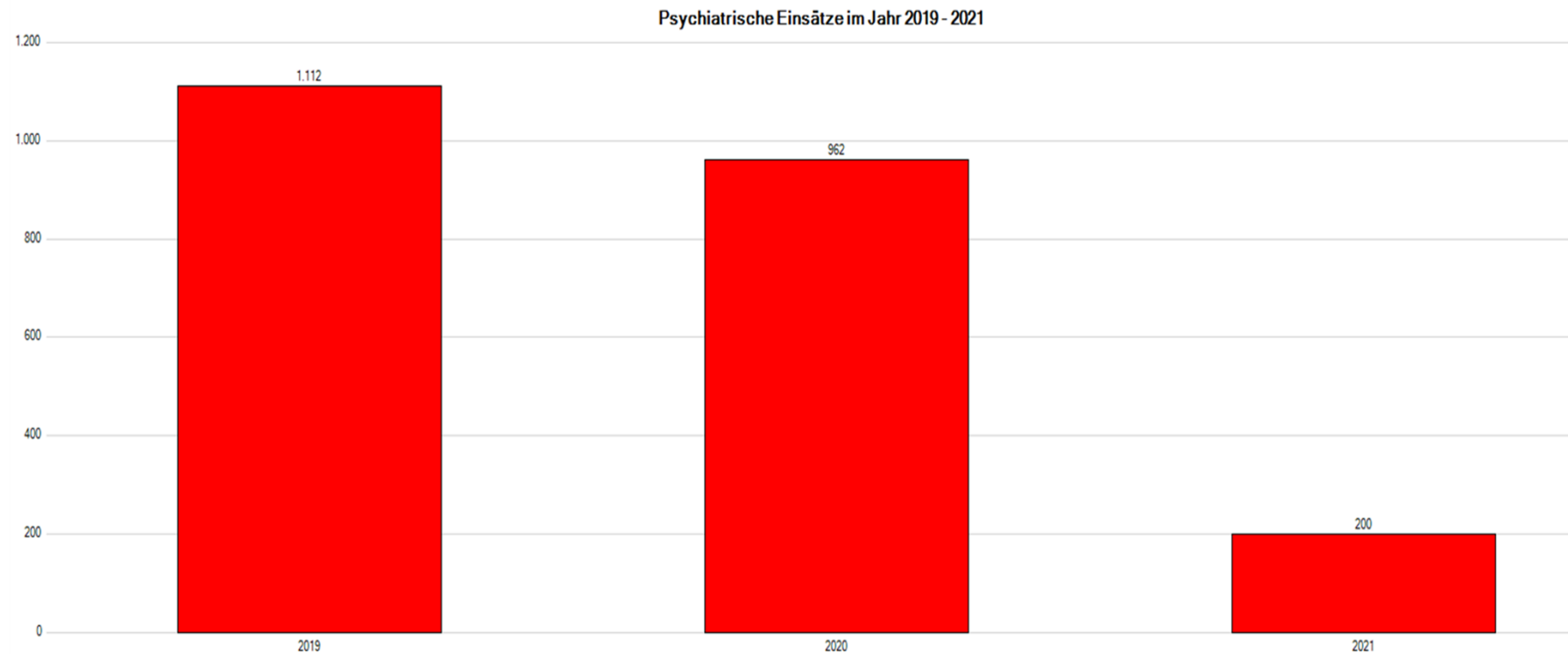


Gremium: Ausschuss für Ordnung und Sicherheit
Termin: 16.03.2021, 18:00 Uhr
Ort: Treffpunkt Freizeit

Psychiatrische Einsätze 2019-2021 mit Transportziel Klinik „In der Aue“



Psychiatrische Einsätze 2019-2021





Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

20/SVV/1355

öffentlich

Betreff:

Müllgebühren in Potsdam senken

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, SPD

Erstellungsdatum 10.11.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.12.2020	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

1. welcher Aufwand und welche Kosten durch eine Umstellung der Abrechnung entstehen, wenn die Müllmenge nach Verwiegung berechnet wird (Verwiegung des Bio- und Restmülls),
2. welche Möglichkeiten und Grenzen es für eine Reduzierung der Grundgebühren bei möglicher Erhöhung der Gebühren für Restmüll gibt,
3. welche Möglichkeiten gibt es, dass Bürger*innen nur die tatsächlich geleerten Behälter in Rechnung gestellt werden (bei Beibehaltung der regulären Touren),
4. ob und mit welchen Entlastungsmaßnahmen bei einer Umstellung auf Restmüllverwiegung besondere Härten (Windel-/Inkontinenzzuschuss) abgefangen werden könnten und
5. welche familienfreundlichen Gebührenmodelle möglich sind (z. B. halbe Grundgebühr für Kinder unter 18 Jahren).

gez. Dr. Sigrid Müller, Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Müllgebühren steigen auch in Potsdam kontinuierlich an und machen einen immer größeren Anteil an den Wohnnebenkosten in Potsdam aus. Dagegen konnten andere Kommunen bereits Maßnahmen zur nachhaltigen Reduzierung der Müllgebühren entwickeln und erfolgreich umsetzen, beispielsweise durch die Verwiegung des Restmülls. Der hier beantragte Prüfauftrag soll eine Übertragbarkeit erfolgreicher Konzepte und Maßnahmen auf Potsdam prüfen, die auch zu mehr Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit beitragen.

Ein Verwiegesystem trägt nachweislich auch zu weniger Restmüll bei, da Bürger*innen ihren Müll besser trennen, um Geld zu sparen. Die Landeshauptstadt Saarbrücken hat beispielsweise zum 1. Januar 2011 die Abrechnung von Restmüll und Bioabfall nach Gewicht (Masse) eingeführt. Im Ergebnis trennen viele Haushalte Wertstoffe und Müll noch sorgfältiger. Im ersten Jahr nach Einführung wurden so 22 % Müll eingespart. Bis 2015 hat sich der Wert weiter auf 27 % Restmüllreduzierung verbessert. Neben der Kostenersparnis für die Haushalte, sorgt dies ganz nebenbei auch für einen schonenden Umgang mit Ressourcen und ist damit ein Beitrag zum aktiven Klimaschutz.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

20/SVV/1355

 öffentlichEinreicher: **Fraktion DIE aNDERE****Betreff: Müllgebühren in Potsdam senken**

Erstellungsdatum 13.01.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
13.01.2021	Finanzausschuss	x	
27.01.2021	Stadtverordnetenversammlung		x

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Ds 20/SVV/1355 wird um folgenden Punkt 6 ergänzt:

6. welche Möglichkeiten bestehen, die Berechnung der Grundgebühr gemäß §5(a) der Abfallgebührensatzung zu ändern. Es soll geprüft werden, inwiefern die Grundgebühr auf Grund der Anzahl der zu entleerenden Behälter berechnet werden kann. Dabei soll eine Differenzierung beibehalten werden, die zwischen Haushalten, Gewerbe, Kleingärten, Erholungsgrundstücken und Grundstücken mit Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen unterscheidet.

Begründung:

Die Grundgebühr für die Entleerung von Behältern sollte den fixen Anteil der Kosten für die Entleerung decken, die unabhängig von der Größe der Behälter ist. Das ist jedoch unabhängig von der Anzahl der Personen in einem Haushalt und unabhängig von der Anzahl der Arbeitsplätze. Entscheidend für die Kosten ist vielmehr, dass eine Stelle angefahren werden muss und wie groß die Anzahl der Behälter ist. Es ist daher von Interesse, ob und wieweit die bisherige Berechnung der Grundgebühr geändert werden kann.

Katharina Tietz und Christian Kube
Fraktionsvorsitzende



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

21/SVV/0207

öffentlich

Betreff:

Schneeräumung auf Fahrradwegen

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 11.02.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

05.05.2021

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Änderung der Winterdienstordnung zu beauftragen, welche sicherstellt, dass bei der Schneeräumung der Radverkehr gleichberechtigt und nicht nachrangig zum Autoverkehr behandelt wird. Gleichzeitig ist die Liste der zu beräumenden Radwege aus dem Jahr 2013 (DS 13/SVV0062) zu aktualisieren.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die derzeitige Praxis bei der Schneeräumung sieht die Bevorzugung des Autoverkehrs zu Lasten des Radverkehrs vor; so werden zum Teil Schneemassen von Autofahrbahnen auf Radwege verschoben. Es ist nicht einzusehen, dass die Sicherheit von Autofahrer*innen erhöht wird, indem sie für Radfahrer*innen gleichzeitig gesenkt wird. Es gibt keine Verkehrsteilnehmer*innen erster und zweiter Klasse, insbesondere in Sicherheitsfragen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

21/SVV/0495

öffentlich

Betreff:

Verhandlungsauftrag zur Einführung einer Gelbe Tonne PLUS

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Erstellungsdatum 20.04.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

05.05.2021

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Verhandlungen mit den Dualen Systemen mit dem Ziel aufzunehmen, in Potsdam nach Auslaufen des nächsten Sammlungsvertrages ab dem 1. Januar 2025 die Gelbe Tonne PLUS anstelle der bestehenden Gelben Tonne einzuführen. In dieser sollen auch stoffgleiche Nichtverpackungen (Kunststoffe, Metalle) gesammelt werden.

Ziel muss es dabei neben der Einführung der Gelben Tonne PLUS sein, die möglichen Zusatzkosten für den Abfallgebührenzahler in vertretbaren Grenzen zu halten.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Die Einführung einer Sammlung sämtlicher Kunststoffe und Metalle aus Nichtverpackungen in einer Gelben Tonne PLUS kann dazu beitragen, dass diese Wertstoffe höherwertig verwertet werden als bisher. Bisher werden sie mit den Reststoffen einer Verbrennung zugeführt. Die Gelbe Tonne PLUS würde so zu einer besseren Erreichung der Ziele des Kreislaufwirtschaftsgesetzes beitragen.

Es ist davon auszugehen, dass der Grad der getrennten Erfassung dieser Wertstoffe steigen würde. Da die Dualen Systeme dann aber Abfälle einsammeln würden, für deren Sammlung abfallrechtlich zunächst die Stadt Potsdam als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger zuständig ist, muss mit den Dualen System über eine Kostenübernahme durch die Stadt verhandelt werden. Die daraus zu erwartenden Abfallgebührensteigerungen sind gemäß der Mitteilungsvorlage der Verwaltung zur Gelben Tonne PLUS 21/SVV/0075 mit 2-3 Euro pro Kopf maßvoll, wobei damit verbundene Kostensenkungspotentiale bei der Reststofftonne, die weniger Abfälle zu erfassen hätte, noch nicht miteinkalkuliert sind, weil diese schlecht abzuschätzen sind.

Gemäß Mitteilungsvorlage zur Gelben Tonne PLUS 21/SVV/0075 ist die Einführung einer Gelben Tonne PLUS in Potsdam nur nach einer Einigung mit den Dualen Systemen möglich, die für die nächste Vertragsperiode vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2004 nicht mehr realistisch zu erreichen ist. Daher kann die Einführung erst für den Zeitpunkt ab 2025 erreicht werden.